



Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023 Votations cantonales du 18 juin 2023 Votazioni cantonali del 18 giugno 2023

Übersicht / Aperçu / Panoramica

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert ; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

I oggetti accolti sono indicati in verde; i oggetti rifiutati sono indicati in rosso e la partecipazione in blu.

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales / Modifiche delle costituzioni cantonali



BE Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)



GE IN 184 « Pour un congé parental maintenant ! »



GE Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (*Pour une protection forte de l'individu dans l'espace numérique*) (A 2 00- 12945)



GE Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (*Droit à l'alimentation*) (A 2 00 - 12811)



JU Modification du 22 juin 2022 de la Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 : « destitution de membres d'autorités »









VD Initiative populaire cantonale « Pour la protection du climat »







Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif / Referendum legislativo, obbligatorio o facoltativo








AG Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) vom 17. Januar 2023

- 
GE Loi sur les estimations fiscales de certains immeubles (LEFI) (D 3 10 – 13030)
- 
SO Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG): Zulassung von Leistungserbringern im ambulanten Bereich
- 
TG Änderung des Gesetzes über die Energienutzung
- 
TI Modifica della legge sull'apertura dei negozi del 23 marzo 2015
- 
TI Modifica della legge tributaria del 21 giugno 1994
- 
ZH Änderung der Kirchenordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives / Iniziative legislative

- 
AG Aargauische Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative! (Aargauische Klimaschutzinitiative)» vom 15. Juni 2020
- 
BE Volksinitiative «Für eine kantonale Elternzeit»
- 
GE IN 181 « Pour la création d'emplois sociaux et écologiques et la réduction de la durée du travail (initiative 1000 emplois) »
- 
GE IN 185 « Pour une contribution temporaire de solidarité sur les grandes fortunes »
- 
SO «Zwillingsinitiative 1 – Hände weg vom Katasterwert!»
- 
SO «Zwillingsinitiative 2 – Hände weg von den Abzügen!»

Finanzreferendum / Référendum financier / Referendum finanziario

- 
AG Verdichtung des Bahnangebots der Regio-S-Bahn Stein-Säckingen–Laufenburg; Verpflichtungskredit vom 17. Januar 2023
- 
FR Neues Naturhistorisches Museum – Umzug des Naturhistorischen Museum ins umgebaute Lager des alten Zeughauses in Freiburg und Schaffung einer neuen Dauerausstellung
- 
LU Ost- und Westumfahrung Flecken Beromünster
- 
SG Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland in Form einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen
- 
SG Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals des Spitals Linth in Form einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen und eines Betriebsdarlehens



SG

Kantonsratsbeschluss über die Darlehensgewährung an die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland für verschiedene Bauvorhaben am Standort Grabs



SH

Kreditbeschluss zur Fortführung der palliativen Spezialversorgung im Kanton Schaffhausen



TG

Kreditbegehren über CHF 127,2 Mio. (CHF 127'203'243.85) betreffend die Verwendung des Agios aus der Ausgabe von Partizipationsscheinen der Thurgauer Kantonalbank (TKB)

Im Detail / Dans le détail / In dettaglio

AG



1. Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) vom 17. Januar 2023

NEIN (50,1 %)

40,18 %

Stimmbeteiligung

Mit der Ombudsstelle¹ will der Kanton AG eine «leicht zugängliche und kostenlose» Stelle für Bürgerinnen und Bürger schaffen, die Auskünfte erteilt, sie im Umgang mit Behörden berät, bei Konflikten mit Behörden berät und Empfehlungen an Behörden abgibt. Gleichzeitig soll es auch innerhalb der kantonalen Verwaltung für Whistleblowing zuständig sein. Mit der Ombudsstelle soll eine unabhängige Behörde als Anlaufstelle geschaffen werden und soll allen offen stehen. Bei Annahme der Initiative wäre der AG der achte Kanton in der Schweiz, der über eine kantonale Ombudsstelle verfügen würde. Im *Grossen Rat* wurde mit 72 Stimmen das Behördenreferendum gegen das geplante Gesetz ergriffen.

Mit § 101 KV AG² gibt es im Kanton AG bereits seit 1982 eine verfassungsrechtliche Grundlage zur Schaffung eines «kantonalen Ombudsmannes». 2019 erteilte der *Grosse Rat* dem *Regierungsrat* in einem ersten Antrag, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten und in einem zweiten Antrag 2021, die Rechtsgrundlagen zum Schutz von sog. «Whistleblowing» («[Es] wird ausdrücklich geregelt, wie kantonale Mitarbeitende geschützt sind, die Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz melden (Whistleblowing)») zu schaffen.

Mit der Ombudsstelle soll eine «niederschwellig zugängliche Anlaufstelle» geschaffen werden, wenn Auskunftssuchende unzufrieden mit dem Umgang der Verwaltung sind oder «nicht weiterkommen». Sie soll ihre Aufgaben kostenlos anbieten. Ziel sei es, Fragen zu klären und bei allfälligen Konflikten «nachhaltige Lösungen» erarbeiten. Auch die Verwaltung soll durch das geplante Empfehlungsrecht der Ombudsstelle profitieren, indem sie auf gemeldete Schwierigkeiten seitens der Bevölkerung hinweist und Verbesserungsvorschläge abgeben kann. Der Gesetzesentwurf unterscheidet, welche kantonalen Stellen von seinem Wirkungsbereich erfasst und welche von diesem ausgeschlossen sind.³ Die Gemeinden im Kanton AG können sich durch [kommunalen] Beschluss dem Wirkungsbereich der Ombudsstelle unterstellen, m.a.W. kommt ihnen hinsichtlich dem Entscheid über die Unterstellung Entscheidungsfreiheit zu. Die Ombudsstelle selbst soll unabhängig amten und ist nur dem *Grossen Rat* gegenüber rechenschaftspflichtig.

72 Mitglieder des *Grossen Rates* gegen das geplante Gesetz gestimmt. Sie führen gegen es ein, dass die Ombudsstelle kein Weisungsrecht gegenüber den Behörden zukomme und sie ein «zahnloser Verwaltungstiger, der unnötige zusätzliche Bürokratie ohne erkennbaren Nutzen für die Bevölkerung schafft», die bestehenden Rekurs- und Einsprachemöglichkeiten würden «funktionieren». Die kommunale wie kantonale Exekutive sei «nahe am Volk und können bei Problemen direkt kontaktiert werden». Da vom Wirkungsbereich auch abgeschlossene Rechtsmittelverfahren erfasst würden, würde faktisch eine vierte Staatsgewalt geschaffen, welcher keine Entscheidkompetenz zukomme. Dies sei komplex und intransparent, führe zu weniger Rechtssicherheit und «vor allem zu mehr juristischem Hickhack». Die Kosten seien mit geschätzten jährlichen CHF 700'000.00-900'000.00 hoch, wobei der durch die Ombudsstelle in der Verwaltung ausgelöste Aufwand dabei nicht eingerechnet sei.

Die Mehrheit des *Grossen Rates* sowie der *Regierungsrat* befürworten das neue Ombudsgesetz: mit der Stelle könne eine «unabhängige Person (...) sachkundig zwischen Bürgerinnen und Bürgern und

¹ Für den aktuellen Bestand parlamentarischer und privater Ombudsstellen s. [Internetseite](#) der Vereinigung der parlamentarischen Ombudspersonen der Schweiz.

² Verfassung des Kantons Aargau vom 25.06.1982 (KV AG; SAR 110.000).

³ § 3 Abs. 1-3 Gesetz über die Ombudsstelle vom 17.01.2023 (Ombudsgesetz).

(kantonalen) Behörden klären und vermitteln», womit Konflikte bürgernahe, effizient, frühzeitig und kostengünstig beigelegt werden könnten. Damit würden wiederum kosten- und zeitintensive Gerichtsverfahren vermieden werden können. Gleichzeitig wäre mit ihr eine Anlaufstelle für Whistleblowing geschaffen, wo «Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung, die in gutem Glauben Missstände melden, vor beruflicher Benachteiligung geschützt»; dies diene dem Vertrauen in die staatlichen Behörden. Zudem sei die «ausführliche Berichterstattung» gegenüber der breiten Öffentlichkeit wichtig: der Bevölkerung würde aufgezeigt, dass man in ihrem Interesse tätig werde und wirke präventiv, indem ähnliche Fälle in Zukunft möglichst vermieden werden könnten.

Nach der Minderheitsmeinung im *Grossen Rat* sei die Ombudsstelle in einer «bürgernahen Demokratie» unnötig, dort könne man seine Anliegen jederzeit an Grossratsmitglieder seines Vertrauens vorbringen. «Die mit der Schaffung der Ombudsstelle verbundenen Kosten sind unnötig und an der falschen Stelle investierte Steuergelder», es sei weder Befürworter- noch Gegnerschaft klar, wieviel Stellenprozent benötigt würden. Die zusätzliche Arbeitszeit der Verwaltung sei nicht abzuschätzen. Da es sich überdies bei § 101 KV AG um eine Kann-Bestimmung handle, bestehe für die Schaffung der Ombudsstelle kein zwingender Verfassungsauftrag. «Zudem besteht die Gefahr, dass die Ombudsstelle als eine Art Gratis-Rechtsauskunft genutzt wird».

2. Aargauische Volksinitiative «Klimaschutz braucht Initiative! (Aargauische Klimaschutzinitiative)» vom 15. Juni 2020

NEIN (52,45%)

40,17 %

Stimmbeteiligung

Gebäude seien schweizweit für 45% des Energieverbrauchs sowie circa $\frac{1}{3}$ der CO₂-Emissionen verantwortlich. Erfahrungsgemäss würden jährlich ca. knapp 1% der bestehenden Gebäude modernisiert. Die Gesetzesinitiative verlangt eine Anpassung des Energiegesetzes⁴. Damit seien pro Jahr an mindestens 3% der Gebäude energetische Erneuerungen zu unterstützen. Zudem sollen CO₂-Abgaben für fossile Brennstoffe aus dem Kanton AG über das Gebäudeprogramm innerkantonal zurückgeführt werden.

Nach dem Initiativkomitee seien mit Blick auf den Energiebedarf des schweizerischen Gebäudebestands energetische Sanierungen einer der wirksamsten Massnahmen für einen effektiven Klimaschutz. «Die Zuständigkeit in diesem Bereich liegt voll und ganz bei den Kantonen». Aus dem Kanton AG flössen jährlich $\frac{2}{3}$ der CHF 100 Mio. aus erhobenen CO₂-Abgaben an Bevölkerung und Wirtschaft. Er beanspruche aber nur 60% dieser Gelder, da er zu wenig eigene Mittel bereitstelle. Bei Annahme der Initiative würde «sichergestellt, dass der volle Betrag in den [AG] zurückfliesst». Heutige Förderprogramme unterlägen «(finanz-)politischen Entscheiden», was zu starken Schwankungen führe. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung wirke langfristig und werde deswegen von mehreren Verbänden des Bauerngewerbes unterstützt.

Die Mehrheit des *Grossen Rats* und des *Regierungsrats* empfehlen die Initiative abzulehnen: man verfüge bereits über ein «ausgewogenes, vielfältiges und effektives Förderprogramm», bei Annahme der Initiative würde der Staatshaushalt hoch belastet. Die energetische Qualität der Gebäude verbessere sich bereits, damit nehme die Zahl derjenigen mit grossem «Effizienzsteigerungspotential» ab. Konsequenter müssten Aufwand der Förderansätze zunehmend erhöht werden, um den geforderten 3%-Anteil zu erreichen. «Dadurch sinkt die Wirkung pro eingesetztem Franken». Das Ziel des Abschlusses aller Sanierungen bis 2050 basiere auf der Wirkungsanalyse des Gebäudeprogramms des Bundes und somit auf einem «theoretischen Mittelwert». Mit der Förderung liesse sich [Energie-]Einsparung aufgrund der Massnahmen eruieren, nicht aber inwieweit sich der Energiebedarf der betroffenen Gebäude verändert habe. Die Ziele seien schwer planbar, «[d]ie Höhe der verfügbaren Mittel aus der CO₂-Abgabe verändert sich laufend; der notwendige kantonale Mitteleinsatz für die vollständige Rückführung der CO₂-Abgaben in den Kanton [AG] müsste regelmässig geplant werden».

⁴ Energiegesetz des Kantons AG vom 17.01.2012 (EnergieG; SAR 773.200).

Nach der Minderheit im *Grossen Rat* (42 Mitglieder) seien Gebäudesanierungen zentral, um die definierten Klimaziele zu erreichen. Ein Förderungsausbau beschleunige die Modernisierung. Ebenso das lokale Gewerbe würde von diesen Sanierungen profitieren. Die CO₂-Lenkungsabgaben würden bei Annahme der Initiative «vollständig» zurück in den Kanton AG fliessen.

3. Verdichtung des Bahnangebots der Regio-S-Bahn Stein-Säckingen - Laufenburg; Verpflichtungskredit vom 17. Januar 2023

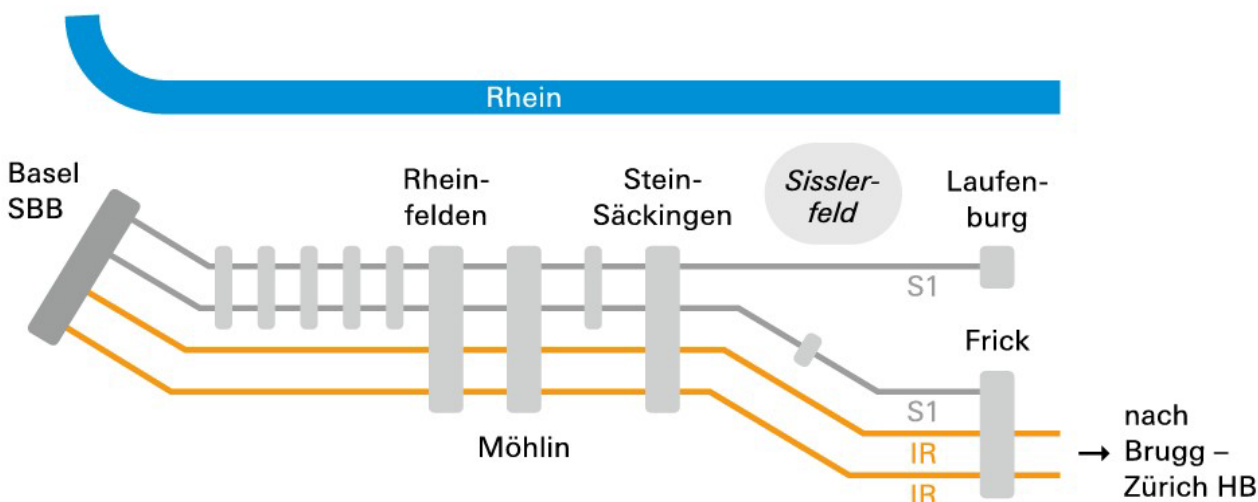
NEIN (67,91%)
40,53 %

Stimmbeteiligung

Von Basel über Rheinfelden bis Stein-Säckingen verläuft die Bahnlinie S1. Im vom Bundesparlament beschlossenen Bahnausbaustritt wurden Forderungen des Kantons AG für einen Ausbau dieser Linie nicht aufgenommen. Der *Grosse Rat* hat sich für einen Bahn- und Busnetzausbau ausserhalb des Programms des Bundes ausgesprochen und genehmigte einen Verpflichtungskredit von CHF 61 Mio. für die notwendigen Infrastrukturarbeiten. Im *Grossen Rat* wurde dagegen das Behördenreferendum ergriffen.

Die S1 sei das «Rückgrat des öffentlichen Verkehrs» im Fricktal und verkehrt im Halbstundentakt. Im übergeordneten Netz verkehren im Stundentakt zwei InterRegio-Züge (IR36/37) über dieselbe Bahnlinie. Das strategische Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur des Bundes (STEP) sehe im Ausbausritt 2025 für das Fricktal zusätzliche Interregio-Fernverkehrshalte in Stein-Säckingen und Möhlin vor. Die Umsteigeknoten Stein-Säckingen, Möhlin und Rheinfelden erhalten über die S-Bahn und die IR-Verbindungen einen Viertelstundentakt von und nach Basel. Der weitergehende Ausbau für den Ausbausritt 2035 des Kantons AG wurde aufgrund der hohen Kosten vom Bund nicht aufgenommen, da das aktuelle Reiseaufkommen von weniger als 1000 Personen pro Tag gemäss den Bundesvorgaben keinen Ausbau zum Halbstundentakt rechtfertige. 2017 verlangte der *Grosse Rat* vom *Regierungsrat* den Bahnausbau zwischen Stein und Laufenburg zum Halbstundentakt. Es ist eine zusätzlich S-Bahn zwischen Laufenburg und Stein-Säckingen mit Start ab Frick geplant.

Bahnangebot Basel–Frick/Laufenburg 2027; Planungsstand 2023



Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 25

Dafür werden vom Kanton AG CHF 61 Mio. Investitionskosten notwendig. Die wiederkehrenden Betriebskosten von jährlich CHF 1,9 Mio. trägt ebenfalls der Kanton alleine, da die prognostizierte Nachfrage den erforderlichen Mindestwert des Bundes unterschreitet. Arbeitsplätze im Sisslerfeld und die neue Kantonsschule in Stein würden über Stein-Säckingen mit Bussen erschlossen. Auch die

Einsetzung eines Schnellbusses zwischen Laufenburg und Stein wurde geprüft; dessen jährliche Betriebskosten beliefen sich auf CHF 500'000.00 pro Jahr. Die Buslösung wurde vom *Grossen Rat* beschlossen und tritt mit dem Fahrplanwechsel 2023 unabhängig vom vorliegenden Abstimmungsergebnis in Kraft.

Für die Gegnerschaft des Verpflichtungskredits ist das Bedürfnis an guten ÖV-Angeboten im Fricktal berechtigt, jedoch seien die Investitions- und Betriebskosten im Verhältnis zum Nutzen der aktuellen Pendlerinnen- und Pendlerzahl unverhältnismässig hoch. Für 2023 habe der *Grosse Rat* ein Defizit von CHF 300 Mio. verabschiedet, «[a]lle Regionen müssen Wünschbares von Finanzierbarem unterscheiden». Die auf jeden Fall kommende Bus-Erschliessung sei «der richtige Ansatz», bereits in der Region Stein-Laufenburg sei aufgezeigt worden, dass diese effizient, kostengünstig, flächendeckend, rasch umsetzbar und flexibel sei.

Die Mehrheit im *Grossen Rat* und der *Regierungsrat* «will nicht auf eine zeitlich ungewisse Umsetzung einer Verdichtung des Bahnangebots Stein-Säckingen – Laufenburg durch den Bund warten». Die Expansion des Raums Stein und Sisslerfeld verlange nach dem ÖV-Ausbau, eine Bahn sei dabei attraktiver als ein Bus; letzterer könne die Fahrplansicherheit nicht garantieren und der Ausbau der S1 sei seit Jahren «ein Thema», der Bund werde «kaum aktiv», daher solle der Kanton AG den Ausbau an Hand nehmen. Die Minderheit im *Grossen Rat* und *Regierungsrat* zielt zwar auch auf den Ausbau der S-Bahn, dies solle jedoch im ordentlichen Verfahren des Bundes erfolgen. Mit dem Bahnausbau werde das Sisslerfeld nicht besser erschlossen und der shuttle-Zug sei unwirtschaftlich. Der Bund bewerte die Ausbauschritte «nach national einheitlichen Kriterien», ein kantonaler Alleingang könne «das Gesamtsystem gefährden».

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

BE



1. Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

JA (68,69 %)

43,27 %

Stimmbeteiligung

In BE existieren je eine Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung und eine Schuldenbremse für die Investitionsrechnung. Die beiden Schuldenbremsen hätten sich bewährt. Ihre alleinige Ausrichtung auf den Schuldenabbau solle mit Blick auf grosse Investitionen in den kommenden Jahren angepasst werden. Bei der Investitionsrechnung solle eine sog. Mehrjahresbetrachtung möglich werden: Falls der Kanton in den Vorjahren Überschüsse erwirtschaftet hat, solle er diese neu in Zukunft für anstehende Investitionen anrechnen dürfen.

Der Kanton BE hat in den 2000er-Jahren sowohl eine Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung als auch eine Schuldenbremse für die Investitionsrechnung eingeführt. Die beiden Schuldenbremsen hätten sich bewährt: Der Kanton habe seine Schulden seit dem Höchststand kurz vor der Jahrtausendwende um über ein Viertel reduzieren können. Per Ende des Jahres 2022 betrage die *Schuldenlast* CHF 7.901 Mia. Im interkantonalen Vergleich gelte die Schuldenbremse des Kantons BE als eine der strengsten.

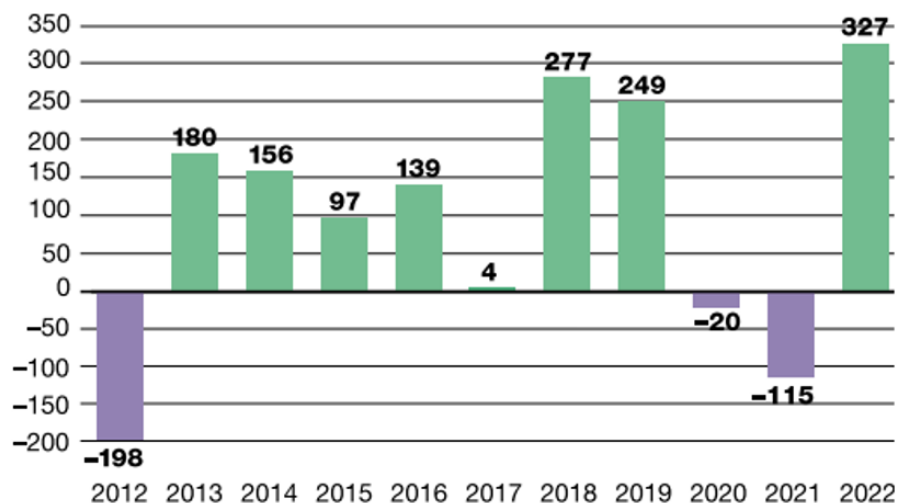
In den kommenden Jahren rechne der Kanton BE mit einem erheblichen *Investitionsmehrbedarf*. Die Investitionen seien eine Grundvoraussetzung dafür, den Kanton weiterzuentwickeln. Ziel sei es etwa, eine attraktive und zukunftsorientierte Infrastruktur aufzubauen und zu erhalten. In diesem Zusammenhang stünden verschiedene Grossprojekte an (bspw. Bau eines neuen Campus der Berner Fachhochschule in Bern und in Biel, der Neubau eines Forschungs- und Ausbildungszentrums für Medizin auf dem Insel-Campus und das neue Polizeizentrum in Niederwangen).

Der *Grosse Rat* *lehnte* es in seiner Herbstsession 2019 *ab*, einen Fonds zur Finanzierung von strategischen Investitionsvorhaben zu schaffen. Hingegen unterstützte er ein Jahr später die

parlamentarische Initiative «Mehrjahresbetrachtung bei der Schuldenbremse für die Investitionsrechnung».⁵

In der Folge entschied der Grosse Rat in der Wintersession 2022, die Bestimmungen zu den Schuldenbremsen anzupassen, und verabschiedete hierzu die vorliegende Änderung der Kantonsverfassung⁶. Damit solle die Finanzierung der anstehenden Grossprojekte und weiterer Investitionsvorhaben erleichtert werden.

Finanzierungsüberschüsse und –fehlbeträge BE 2012–2022 (in Mio. CHF)



Quelle: Abstimmungserläuterungen, S. 5

Der geltende Mechanismus der Schuldenbremse für die Investitionsrechnung blicke nur in die Zukunft. Kann der Kanton seine Investitionen in einem Jahr nicht vollständig selbst finanzieren, muss der sogenannte Finanzierungsfehlbetrag in den Folgejahren wieder ausgeglichen (kompensiert) werden. Umgekehrt sind Finanzierungsüberschüsse heute ausschliesslich für den Schuldenabbau einzusetzen. Mit der *Mehrjahresbetrachtung* will es der Grosse Rat neu ermöglichen, Finanzierungsüberschüsse aus den Vorjahren für anstehende Investitionen anzurechnen: Wenn aufgrund hoher Investitionstätigkeit Finanzierungsfehlbeträge entstünden, sollen diese nicht mehr kompensiert werden müssen, sofern in den Vorjahren ausreichende Überschüsse erzielt worden seien.

Der wichtigste Grundsatz der Schuldenbremsen, nämlich die finanzielle Stabilität zu erhalten, bleibe unverändert bestehen: Auch weiterhin müssten die Investitionen mittelfristig aus eigenen Mitteln, also ohne Neuverschuldung, getragen werden können: Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen habe mittelfristig mind. 100% zu betragen. Mit der Mehrjahresbetrachtung wird der Betrachtungshorizont erweitert, indem auch die zurückliegenden Jahre einbezogen werden. Wenn im Budget der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen unter 100 % liegt, muss heute der betreffende Finanzierungsfehlbetrag im Aufgaben- und Finanzplan kompensiert werden. Neu solle diese Kompensationspflicht in der Planung entfallen, wenn der budgetierte Fehlbetrag durch Finanzierungsüberschüsse der 5 Vorjahre gedeckt ist. Eine effektive – also nicht nur planerische – Kompensationspflicht entstehe, wenn im Geschäftsbericht (Jahresrechnung) tatsächlich ein Finanzierungsfehlbetrag eingetreten sei. In diesem Fall muss heute der Fehlbetrag innert 5 Jahren kompensiert werden. Neu solle diese Kompensationspflicht wie beim Budget entfallen, wenn der Fehlbetrag durch Finanzierungsüberschüsse der 5 Vorjahre gedeckt ist. Im Übrigen könne der Grosse Rat wie bisher die Frist für die Kompensation des Finanzierungsfehlbetrags um 4 Jahre verlängern oder ganz auf die Kompensation verzichten. Dazu erforderlich ist Zustimmung von $\frac{3}{5}$ seiner Mitglieder (96 Ja-Stimmen).

Die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung kommt nur zur Anwendung, wenn die *Schuldenquote* über einem bestimmten Wert liegt. Unterschreitet die Schuldenquote diesen Wert, dann ruht die Schuldenbremse. Diese bereits bestehende Regel bleibe in Kraft. Allerdings werde die Definition des massgebenden Wertes angepasst. Die Schuldenquote entspreche den Schulden des Kantons im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung im Kanton BE. Die neue Berechnung der Schuldenquote würde der

⁵ Parlamentarische Initiative [189-2019](#) (Geschäfts-Nr. 2019.RRGR.235), eingereicht am 09.08.2019.

⁶ Verfassung des Kantons Bern vom 06.06.1993 (KV BE; [BSG 101.1](#)).

tatsächlichen Verschuldungssituation besser Rechnung tragen, indem namentlich auf das kantonale Bruttoinlandprodukt und nicht auf das kantonale Volkseinkommen abgestützt wird. Damit die Schuldenbremse der Investitionsrechnung weiterhin etwa bei derselben Verschuldungssituation zu ruhen beginnt wie bisher, wird auch der Schwellenwert angepasst. Er liegt neu bei 6 statt 12 %.

Eine kleine Änderung erfahre auch die Schuldenbremse für die *Erfolgsrechnung*: Bisher bedurfte ein Budget mit einem Defizit in jedem Fall der Zustimmung von mindestens 3/5 der Mitglieder des Grossen Rates (96 Ja-Stimmen). Wie heute schon beim Geschäftsbericht soll neu auch beim Budget ein Defizit möglich sein, wenn dieses durch einen Bilanzüberschuss gedeckt ist. Für die Genehmigung durch den Grossen Rat würde dann eine einfache Mehrheit ausreichen. Mit dem positiven Rechnungsabschluss 2022 weist der Kanton BE erstmals seit rund 30 Jahren einen kleinen Bilanzüberschuss aus.

Mit der Verfassungsänderung würden schliesslich auch verschiedene *Begriffe* aktualisiert und an das neue Harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 angepasst. Diese Anpassungen betreffen sowohl die Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung als auch die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung. Materiell ändere sich dadurch nichts.

Eine *Mehrheit* im *Grossen Rat* ist der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bewährt habe, es aber Optimierungspotenzial gebe. Nach Auffassung der Ratsmehrheit habe die bisherige Schuldenbremse Investitionen eher gebremst. Mit der Mehrjahresbetrachtung gewinne der Kanton nun zusätzlichen Handlungsspielraum zur Finanzierung von Investitionen. Gleichzeitig macht die Mehrheit geltend, dass der Kanton auch nach dieser Anpassung weiterhin eine der strengsten Schuldenbremsen im interkantonalen Vergleich habe. Auch künftig bleibe so der Kantonshaushalt mittelfristig ausgeglichen und ein unkontrolliertes Ansteigen der Schulden werde verhindert.

Nach Meinung der *Minderheit* im *Grossen Rat* habe die bestehende Schuldenbremse auch in schwierigen Zeiten funktioniert. Deshalb bestehe kein Änderungsbedarf. In der Flexibilisierung sieht die Ratsminderheit nur einen ersten Schritt; weitere Begehlichkeiten zur Aufweichung der Schuldenbremsen würden folgen, so die Befürchtung.

Der *Grosse Rat* hat die Verfassungsänderung mit 117 gegen 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen am 28.11.2022 *angenommen*. Es kommt zur Volksabstimmung, weil Änderungen der Kantonsverfassung müssen zwingend den Stimmberechtigten vorgelegt werden müssen.⁷

2. Volksinitiative «Für eine kantonale Elternzeit»

NEIN (66,49%)

43,28 %

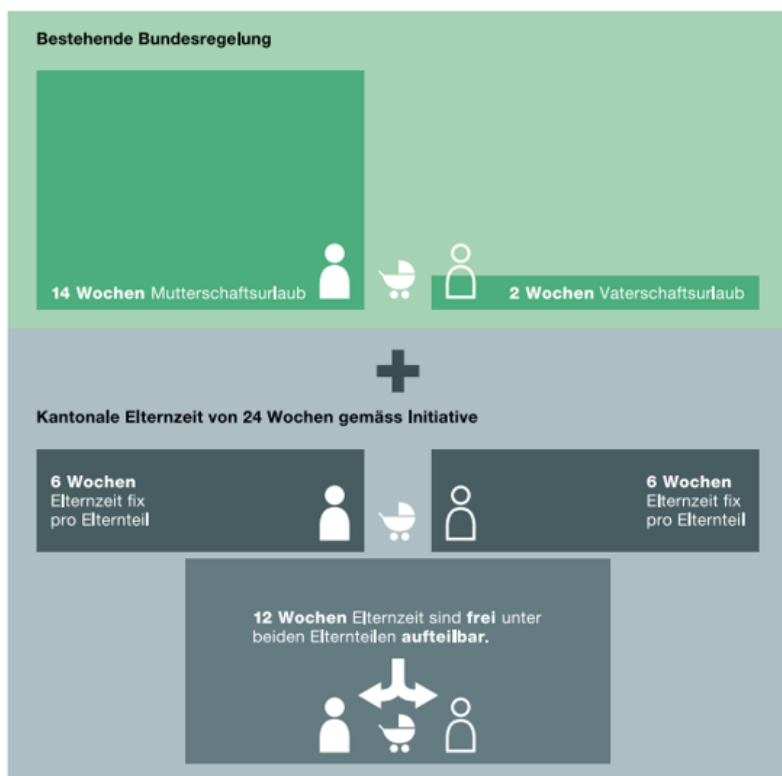
Stimmbeteiligung

Die Initiative für eine kantonale Elternzeit verlangt die Einführung einer 24-wöchigen, bezahlten Elternzeit im Kanton BE. Diese Elternzeit soll zusätzlich zum bestehenden Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub gelten. Je 6 Wochen der Elternzeit sollen für jeden Elternteil reserviert sein. Die restlichen 12 Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen. Beziehen können sie die Elternzeit ab Geburt des Kindes bis zum Eintritt in den Kindergarten.

⁷ Art. 61 Abs. 1 lit. a KV BE.

Die *Initiantinnen und Initianten* möchten mit der kantonalen Elternzeit die Eltern-Kind-Beziehung stärken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und die Gleichstellung von Frauen und Männern

Gegenüberstellung der bestehenden Bundesregelung und der kantonalen Elternzeit



Quelle: Abstimmungserläuterungen, S. 15

fördern. Die Initiative wurde in der Form einer einfachen Anregung eingereicht. Sie gibt deshalb erst die wichtigsten Rahmenbedingungen vor. Wie eine kantonale Elternzeit genau auszugestaltet wäre, müsste der Grosse Rat innert 2 Jahren nach Annahme der Initiative festlegen und dazu eine Vorlage ausarbeiten.

Elternzeit in der Schweiz

Bisher hat in der Schweiz noch kein Kanton eine bezahlte Elternzeit eingeführt. Sie ist aber in den Kantonen BS, GE, NE, TI, VD und VS Gegenstand der politischen Diskussion. Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten am 15.05.2022 eine Volksinitiative zur Einführung einer kantonalen Elternzeit abgelehnt.⁸ Auf Bundesebene wurde in den vergangenen 20 Jahren eine Vielzahl von Vorstössen zur Elternzeit eingereicht und vom Parlament abgelehnt. Angenommen wurde 2021 hingegen ein Vorstoss, der eine volkswirtschaftliche Analyse zur Elternzeit verlangt. Darum erarbeitet der Bundesrat zurzeit einen Bericht, der die Kosten und Nutzen von verschiedenen Elternzeitmodellen untersucht. Einzelne Branchen und Unternehmen in der Schweiz gewähren freiwillig einen Elternurlaub. Die Dauer und die Höhe der Entschädigung dieser Urlaube variieren.

Aus: Abstimmungserläuterungen, S. 16

Die *Mehrheit* des *Grossen Rates lehnt* die Initiative *ab*. Hauptgrund seien die Mehrkosten von geschätzt rund CHF 200 Mio. Franken pro Jahr, die gemäss *Einschätzung des Regierungsrates* grösstenteils der Kanton bezahlen müsste. Nach Meinung der *Grossratsmehrheit* trüge eine einheitliche, nationale Lösung dem Anliegen besser Rechnung als unterschiedliche kantonale Regelungen.

Eine *Minderheit* im *Grossen Rat* sprach sich *für* die Elternzeit, weil sie dazu beitrage, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen und zudem die Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördere. Volkswirtschaftlich sei die Elternzeit ebenfalls zu begrüssen, da Mütter vermehrt im Erwerbsleben bleiben könnten und zugleich die Rückkehr in den Arbeitsmarkt schneller möglich werde.

Nach Auffassung der *Initiantinnen und Initianten* könnte die Elternzeit junge Familien stärker entlasten und die Gleichstellung verbessern. Eine höhere Frauenerwerbsquote sei eines der wichtigsten Mittel gegen den akuten Fachkräftemangel. Betont wird die Stärkung der «psychischen und physischen

⁸ Vgl. Newsletter des IFF vom 15.05.2022.

Gesundheit» und die Förderung der «Beziehungen zwischen den Eltern und dem Kind». Es liege an den Kantonen, erste Reformschritte zu machen.

Der *Grosse Rat* hat die Vorlage mit 52 gegen 95 Stimmen bei 2 Enthaltungen am 08.12.2022 *abgelehnt*.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

FR



Neues Naturhistorisches Museum

Umzug des Naturhistorischen Museums ins umgebaute Lager des alten Zeughauses in Freiburg und Schaffung einer neuen Dauerausstellung

JA (72,21 %)

37,58 %

Stimmbeteiligung

Das bestehende naturhistorische Museums Freiburgs⁹ wurde zuletzt vor 50 Jahren renoviert und entspreche nicht mehr heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund soll das alte Zeughaus an der Route des Arsenaux 18 in der Stadt Freiburg zum Museum umgebaut und für eine Dauerausstellung eingerichtet werden. Hierfür soll ein Verpflichtungskredit von gut CHF 65 Mio. gewährt werden.

Das heutige Gebäude im 1. Stock des Universitätsgebäudes auf der Pérolles-Ebene sei veraltet und man könne es weder verbessern noch erweitern, was dem Angebot und der Attraktivität des NHM (Naturhistorisches Museum) schade. Es bestünde seit über 20 Jahren dieselbe Dauerausstellung, welche weder dem aktuellen Stand der Wissenschaft entspreche noch zeitgemäss gestaltet sei. Neu soll es im alten Zeughaus von 1905 untergebracht werden, welches hierfür renoviert und aufgestockt werde. Dazu komme eine öffentliche Grünanlage als Erweiterung des Museums. Die Eröffnung sei per Herbst 2028 geplant. Gesamthaft werde das Projekt gut CHF 71 Mio. kosten. Ein Kredit von gut CHF 5,5 Mio. für Vorstudien sei bereits gewährt, so dass der Verpflichtungskredit¹⁰ noch CHF 65,488 Mio. betrage.

Der *Grosse Rat* hat den Verpflichtungskredit per Dekret mit 83 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen *angenommen*.

Der *Staatsrat* empfiehlt dem Freiburger Volk die *Annahme* des Dekrets. Die Sicherheit im bestehenden NHM sei «besorgniserregend», Platzmängel und «prekäre Zustände» würden den reibungslosen Betrieb gefährden. Ein «modernes und leistungsfähiges» Museum fördere die Kantonsattraktivität und stärke den Tourismus. Die öffentliche Grünanlage böte einen Erholungs- und Begegnungsraum für alle. Das Projekt vermöge die «Anforderungen an ein wertvolles Museum des Kantons langfristig zu erfüllen und in bedarfsgerechte Infrastrukturen zu investieren».

Gegen das Dekret wurde kein Referendum ergriffen, aufgrund der Kreditsumme unter liegt dieser jedoch dem obligatorischen Referendum.¹¹

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungsbroschüre / Brochure de votation](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

⁹ Kulturelle Institution des Staates gemäss Art. 2 lit. f und Art. 41 f. des Gesetzes über die kulturellen Institutionen des Staates vom 02.10.1991 (KISG; [SGF 481.0.1](#)).

¹⁰ Vgl. Art. 29 ff. des Gesetzes über den Finanzhaushalt vom 25.11.1994 (FHG; [SGF 610.0](#)).

¹¹ Vgl. Art. 45 lit. b der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16.05.2004 (KV FR; [SGF 10.1](#)).

GE



1. IN 181 « Pour la création d'emplois sociaux et écologiques et la réduction de la durée du travail (initiative 1000 emplois) »

NON (65%)

40,11 %

Participation

Cette initiative présente deux points :

- la création par l'Etat de 1000 emplois par an dans les domaines sanitaires, sociaux, des soins et de la transition écologique, dans les collectivités publiques cantonale et municipales, les établissements subventionnés et les institutions à but non lucratif poursuivant des buts d'intérêt public, tant que le taux de chômage reste élevé ;
- l'encouragement à la réduction de la durée du travail sans réduction de salaire de 41 à 32 heures hebdomadaires d'ici à 2030.

Selon le *comité d'initiative*, la création de 1000 emplois par l'Etat dans les domaines sociaux et écologiques et l'encouragement aux entreprises de réduire la durée du travail offrirait une solution au chômage, aux personnes ayant des emplois épuisants et aux difficultés rencontrées par les services publics pour répondre aux besoins croissants de la population. Cette initiative donnerait également mandat à l'Etat pour encourager les entreprises à réduire la durée hebdomadaire de travail.

Pour la *majorité du Grand conseil*, cette initiative, même si elle part d'un bon sentiment, part d'un constat erroné en considérant que le chômage dans le canton de Genève est lié au manque d'emplois, c'est même plutôt le contraire. Par ailleurs, le Grand Conseil considère qu'il n'y a aucune garantie que les 1000 emplois seraient pris par les personnes actuellement au chômage. De plus, obliger l'Etat à créer des emplois dans le secteur public pourrait dégrader la situation économique du canton.

Une *minorité du Grand Conseil* partage les objectifs visés par l'initiative et la soutient, tout en précisant cependant qu'elle aurait préféré un contre-projet, avançant des moyens différents, pour répondre aux besoins de la population.

Le *Conseil d'Etat* partage les préoccupations des initiants toutefois, les solutions proposées par l'initiative ne lui paraissent pas appropriées. Il considère en particulier que ce n'est pas à l'Etat de créer des emplois publics d'autant plus qu'il est également attentif à l'équilibre financier du canton.

Le *Grand Conseil et le Conseil d'Etat* recommandent de voter NON.

2. IN 184 « Pour un congé parental maintenant ! »

Cette initiative propose de modifier la constitution genevoise et d'y inscrire la garantie d'une assurance parentale de 24 semaines en complétant les 16 semaines de congé maternité cantonal par 8 semaines en faveur de l'autre parent (dont les 2 semaines de congé paternité fédéral en vigueur depuis 2021).

OUI (57,9 %)

40,11 %

Participation

Ce congé parental, qui serait également accessible aux parents de même sexe, adoptifs ou d'accueil serait d'un minimum de 24 semaines, soit 16 semaines en cas de maternité et 8 semaines pour l'autre parent, 2 de ces semaines pourraient être transférées de manière flexible à l'un ou l'autre parent, en fonction de leur organisation et de leur désir. Ce transfert ne pourrait toutefois se faire que sur demande commune des deux parents.

Pour le *comité d'initiative*, ce congé parental renforcerait les liens entre les parents et les enfants. En effet, le congé paternité actuel de 2 semaines, couplé au congé maternité de 16 semaines en vigueur à Genève, ne permettrait pas aux deux parents de s'impliquer pleinement dans la vie familiale.

La *majorité du Grand Conseil* est favorable à l'instauration d'un tel congé parental et soutient la possibilité pour chacun des parents de transférer à l'autre deux semaines de congé. Elle estime en particulier que la loi d'application pourrait remédier à certaines insécurités juridiques. Ainsi, elle considère qu'il serait notamment possible d'y inclure les personnes exerçant une activité lucrative indépendante, qui cotisent actuellement au régime fédéral LAPG et sont assujetties à la loi cantonale instituant une assurance en cas de maternité et d'adoption, afin qu'elles puissent également bénéficier des allocations parentales. De plus, dans les rapports de droit privé, elle estime que le travailleur pourrait être libéré de l'obligation de travailler par son employeur durant la durée du congé parental, en vertu d'une règle cantonale de droit public poursuivant un but d'intérêt public autre que celui de la protection des travailleuses et travailleurs (par exemple l'égalité entre femmes et hommes). Enfin, si l'autorité fédérale n'autorisait pas le canton à confier aux caisses de compensation le soin de prélever des cotisations paritaires destinées à financer les allocations parentales, il pourrait être envisagé de créer une institution cantonale chargée de gérer l'assurance parentale.

Pour une *minorité du Grand Conseil*, cette initiative présente le risque de mettre en danger le dispositif cantonal actuel d'assurance en cas de maternité et d'adoption au détriment des mères et des salariées. Elle estime en outre que le financement paritaire actuel des prestations cantonales en cas de maternité et d'adoption pourrait être remis en cause s'il était étendu à l'ensemble du dispositif cantonal, cela sans garantie que le modèle prévu par l'initiative permette légalement aux personnes salariées du secteur privé de prendre effectivement le congé parental, ce qui provoquerait une inégalité de traitement entre les parents. Enfin, elle soutient que les personnes qui exercent une activité indépendante n'auraient pas la garantie de pouvoir bénéficier de cette assurance parentale, dès lors que le texte de l'initiative constitutionnelle ne le prévoit pas.

Pour le *Conseil d'Etat*, cette initiative permettrait de faire progresser le droit de la famille, en élargissant un certain nombre de prérogatives en faveur de toutes les personnes concernées par une parentalité.

Le *Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

Pour aller plus loin

La problématique du congé parental fait l'objet d'un débat politique dans les cantons de BS, BE, NE, TI, VD et VS. Dans le canton de Zurich, les électeurs ont rejeté le 15.05.2022 une initiative populaire visant à introduire un congé parental cantonal¹².

3. IN 185 « Pour une contribution temporaire de solidarité sur les grandes fortunes »

NON (55,12%)

40,11 %

Participation

Cette initiative propose de modifier la loi sur l'imposition des personnes physiques sur trois aspects:

- la part de la fortune qui dépasse 3 millions de francs est soumise, durant 10 ans, à une contribution de solidarité de 2,5‰;
- les déductions sociales sur la fortune sont triplées de manière pérenne;
- le bouclier fiscal – qui a pour but de lutter contre l'effet confiscatoire potentiel d'un cumul de l'impôt sur la fortune et sur le revenu – est adapté, également de manière pérenne.

Pour le *comité d'initiative*, les trois objectifs de l'initiative représentent un petit effort temporaire de solidarité. Selon le comité, « l'enfer fiscal genevois » pour les très riches est un mythe à Genève, puisque selon lui, c'est le canton qui a vu les grosses fortunes croître le plus vite de tous les cantons suisses au

¹² Voir [Newsletter des IFF vom 15.05.2022](#).

cours de ces 15 dernières années. Par ailleurs, l'initiative permettrait de réduire les impôts des petits et moyens propriétaires et épargnants, comme des professions libérales, des artisans, des commerçants, des petits entrepreneurs, dont une partie de la fortune est investie dans l'outil de travail. En même temps, elle donnerait aux pouvoirs publics les moyens indispensables pour faire face aux conséquences à long terme de la crise sociale, économique et climatique.

La *majorité du Grand Conseil* estime que le canton de Genève ne connaît pas une crise des recettes. Elle constate ensuite que le titre de l'initiative est trompeur, puisqu'il qualifie la contribution de solidarité de « temporaire » alors que certains des effets de cette initiative perdurent au-delà de 10 ans. Cette initiative impacterait les entrepreneurs qui investissent bien souvent leur fortune dans la création d'emplois.

Une *minorité au Grand Conseil* considère que l'initiative constitue, selon elle, une réponse concrète aux difficultés de du canton en prévoyant que l'Etat dispose de plus de moyens pour financer, par exemple, les besoins en matière de santé, de soutien social et de formation, ou de transition climatique.

Le *Conseil d'Etat* a refusé l'initiative tout en étant cependant favorable à un contreprojet prévoyant une contribution de solidarité prélevée sur une durée réduite de 5 ans au lieu de 10 ans.

Le *Grand Conseil et le Conseil d'Etat* recommandent de voter NON.

4. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Pour une protection forte de l'individu dans l'espace numérique) (A 2 00- 12945)

OUI (94,21 %)

40,11 %

Participation

La modification a pour objectif d'introduire un droit fondamental visant à protéger l'intégrité numérique des usagers notamment dans le cadre de leurs relations avec les administrations publiques (cantonale, communales et institutions de droit public).

L'intégrité numérique peut se comprendre principalement comme le droit d'être protégé contre le traitement abusif et l'usage non conforme au droit de données numériques par les administrations ; comme le droit à la sécurité numérique permettant d'offrir des garanties claires en matière de sécurité de l'espace numérique mis à disposition par l'Etat ; comme le droit à une vie hors ligne qui offre la possibilité de se déconnecter et de bénéficier de prestations publiques par d'autres moyens (papier, guichets, téléphone, etc.) et enfin, comme le droit à l'oubli qui offre la possibilité à tout individu d'obtenir, sous certaines conditions, l'effacement de données le concernant et détenues par l'Etat.

Cette loi constitutionnelle poserait donc un cadre destiné à appréhender de manière large les enjeux liés au numérique tout en permettant d'offrir un niveau de protection adapté aux compétences cantonales.

Le *Grand Conseil* estime qu'il est nécessaire d'appréhender les nouveaux défis et problématiques induits par le développement numérique. De ce fait, en plus des droits garantis au niveau fédéral, la consécration d'un nouveau droit fondamental à l'intégrité numérique serait un progrès incontestable, tant sur le plan symbolique que sur le plan des droits effectivement garantis à la population.

Pour le *Conseil d'Etat*, l'inscription d'un nouveau droit fondamental spécifique à l'intégrité numérique dans la constitution genevoise offrira une garantie supplémentaire en matière de protection des données liées à la vie numérique.

Le *Grand Conseil et le Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

Pour aller plus loin

A titre informatif, le principe de l'intégrité numérique¹³ fait l'objet d'une initiative parlementaire : 22.479 Initiative parlementaire « [Introduire dans la Constitution le droit à l'intégrité numérique](#) ».

Ce principe est également présent à l'art. 30 al.1 du projet de constitution du Valais : « Toute personne a droit à son intégrité numérique, notamment à sa capacité d'interagir librement par le biais de technologies numériques ».

Dans le canton de Neuchâtel, les discussions sont également en cours : 23.108: Projet de décret modifiant la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst.NE) (Pour un droit à l'intégrité numérique et la protection d'un droit à une vie hors ligne).

5. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (*Droit à l'alimentation*) (A 2 00 – 12811)

OUI (67,63 %)

40,11 %

Participation

En sus du droit à un niveau de vie suffisant garanti par l'art. 39 de la Cst.- GE, cette loi constitutionnelle garantirait l'accès pour toute personne à une alimentation de qualité adéquate à l'instar du droit au logement également inscrit dans la constitution cantonale.

La *majorité du Grand Conseil* est favorable à l'introduction d'une disposition spécifique consacrée au droit à l'alimentation dans la constitution afin que toute personne puisse avoir droit à une alimentation saine et en quantité suffisante pour être à l'abri de la faim. Elle considère que cela apporterait une plus grande clarté juridique par rapport à l'article 39 Cst-GE garantissant le droit à un niveau de vie suffisant, qui est trop générique et ne mentionne pas explicitement l'alimentation.

Une *minorité du Grand Conseil* considère que les filets social et sanitaire, complétés par les actions menées par des organismes privés ou publics, sont suffisants pour assurer les moyens de subsistance à toute personne en situation de précarité. Par ailleurs, elle doute de l'applicabilité du droit à l'alimentation qui pourrait, à l'instar du droit au logement déjà inscrit dans la constitution genevoise, se voir considéré comme non-justiciable.

Le *Conseil d'Etat* se basant sur le constat que le droit à une alimentation suffisante tant en quantité qu'en qualité ne peut aujourd'hui être garanti de manière universelle soutient l'introduction d'un droit à l'alimentation dans la constitution genevoise.

Le *Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

6. Loi sur les estimations fiscales de certains immeubles (LEFI) (D 3 10 – 13030)

OUI (52,04 %)

40,11 %

Participation

Cette loi concerne principalement les estimations fiscales des immeubles non locatifs, notamment les villas et les propriétés par étages (PPE). Elle vise à rapprocher la valeur fiscale de ces immeubles avec leur valeur vénale. En parallèle, cette loi prévoit une baisse du barème de l'impôt sur la fortune,

¹³ Pour une analyse de ce principe, voir notamment MICHAEL MONTAVON / LIVIO DI TRIA, [Droit à l'intégrité numérique : une réponse dans l'air du temps ?](#), 12 mai 2023 in [www.swissprivacy.law](#) et Pascal Mahon / Florence Guillaume (eds.), [Le droit à l'intégrité numérique : Réelle innovation ou simple évolution du droit?](#), 2021.

une réduction de l'impôt immobilier complémentaire et une hausse de l'impôt sur les gains immobiliers.

Depuis 2001, le droit fédéral prévoit que l'estimation fiscale des immeubles doit se rapprocher autant que possible de la valeur vénale. Or, sur la base du système actuel genevois, la plupart des valeurs fiscales des immeubles sont inférieures à la valeur vénale, ce qui n'est donc pas conforme au droit fédéral. Cette loi introduirait notamment une estimation individuelle des immeubles dans leur ensemble par des commissions d'experts.

En attendant cette estimation individuelle, cette loi reconduirait l'estimation actuelle pour une durée indéterminée en y ajoutant une majoration initiale linéaire de 12% suivie d'une indexation annuelle à l'indice genevois des prix à la consommation plafonnée à 1%. En cas de vente, le prix d'acquisition deviendrait la nouvelle valeur fiscale avec une indexation annuelle à l'indice genevois des prix à la consommation plafonnée à 1%. En cas de donation ou de succession, la valeur retenue pour l'impôt sur les donations ou sur les successions devient la nouvelle valeur fiscale avec une indexation annuelle à l'indice genevois des prix à la consommation plafonnée à 1%. Un régime d'exception prévoirait, sous certaines conditions, que la valeur fiscale ne change pas jusqu'à la prochaine estimation individuelle. En parallèle, la loi instituerait une baisse linéaire de 15% du barème de l'impôt sur la fortune. Elle introduirait une réduction de l'impôt immobilier complémentaire qui passerait de 1‰ à 0,2‰ pour les immeubles détenus par les personnes physiques et affectés à leur résidence principale. Elle modifierait le taux de l'impôt sur les gains immobiliers, qui passerait de 0% à 2% lorsqu'un immeuble a été détenu pendant 25 ans et plus.

La *majorité du Grand Conseil* considère que cette loi résoudrait un problème car l'estimation fiscale des immeubles prévue par cette loi, avec la majoration linéaire de 12%, serait conforme au droit fédéral, au regard de l'arrêt de la chambre constitutionnelle de la Cour de justice qui avait jugé une majoration de seulement 7% non conforme au droit fédéral.

Pour une *minorité du Grand Conseil*, le fait qu'il n'y ait pas eu de réelle estimation fiscale des immeubles non locatifs, notamment les villas et les PPE, depuis 1964 a eu comme conséquence que la différence entre la valeur fiscale et la valeur vénale de ces immeubles n'a ainsi cessé de se creuser au fil des décennies. Cette situation est donc contraire au droit fédéral qui prévoit que l'estimation fiscale de ces immeubles doit se rapprocher autant que possible de la valeur vénale. De l'avis de cette minorité, l'estimation fiscale prévue par cette ne ferait que perpétuer cette situation illégale. Par ailleurs, cette loi violerait le principe de l'égalité de traitement et le principe de l'imposition selon la capacité contributive.

Pour le *Conseil d'Etat*, cette loi en introduisant une estimation fiscale des immeubles non locatifs, notamment les villas et les PPE, ne se rapprocherait pas suffisamment de la valeur vénale, ce qui serait contraire au droit fédéral. De surcroît, la loi maintiendrait l'abattement fiscal (contraire au droit fédéral) qui existe actuellement et qui peut atteindre 40% de la valeur de l'immeuble. Cette situation serait problématique sous l'angle de l'égalité de traitement entre les propriétaires d'immeubles et les personnes qui possèdent uniquement des valeurs mobilières, ces valeurs étant toujours imposées à leur valeur vénale. Il y aurait aussi une inégalité de traitement entre les propriétaires, selon que l'immeuble a fait l'objet d'une réestimation récente liée au transfert de propriété ou qu'il n'a jamais été réévalué en l'absence de transfert. En dernier lieu, la loi entraînerait une baisse importante des recettes fiscales. Dans le cadre d'une réestimation de la valeur fiscale des immeubles, une telle réduction ne serait pas acceptable pour le Conseil d'Etat.

Pour le *comité référendaire*, la loi favoriserait les plus riches propriétaires en proposant propose de se baser sur des valeurs fiscales anciennes – donc fortement sous-évaluées – et de renoncer à une réévaluation adéquate en indexant la valeur des biens à l'indice des prix à la consommation. Cette méthode d'indexation représente un fort avantage pour les propriétaires de biens immobiliers, puisque cet indice progresse beaucoup plus lentement que la valeur de l'immobilier. De plus, cette loi ne ferait que maintenir une inégalité de traitement entre les contribuables et viole un des fondements du droit fiscal qui exige que chacun soit taxé sur les mêmes bases.

Le *Grand Conseil* recommande de voter OUI. Le *Conseil d'Etat et le comité référendaire* recommandent de voter NON.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

JU



Modification du 22 juin 2022 de la Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 : « destitution de membres d'autorités »

OUI (87,52 %)

31,74 %

Participation

Cette votation s'inscrit dans le cadre de l'adoption par le Parlement de l'art. 66a de la Constitution cantonale lui donnant la compétence d'instaurer dans une loi une procédure de destitution des membres d'autorités cantonales ou communales et un processus de dissolution du Gouvernement.

Le Parlement a choisi de limiter la procédure de destitution à certaines autorités (membres du Gouvernement, des autorités judiciaires et des exécutifs communaux) écartant en particulier de cette procédure les membres du Parlement et des législatifs communaux.

La destitution s'appliquerait à la révocation pour faute grave que celle-ci soit intentionnelle ou résulte d'une négligence grave, la loi devrait toutefois préciser ce qui est considéré comme une faute grave, mais également à l'incapacité durable à exercer la fonction. Ce dernier point vise essentiellement la situation d'un ou d'une élu(e) qui ne serait durablement plus en mesure d'exercer son mandat pour des raisons médicales ou pour des raisons exceptionnelles.

L'al. 2 de l'art. 66a de la Constitution cantonale permettrait, s'il est adopté, d'instaurer également dans la loi un mécanisme de dissolution automatique du Gouvernement. La dissolution de l'exécutif ne pourra toutefois intervenir que dans le cadre d'une procédure en destitution visant l'un de ses membres et pour autant qu'une majorité de ses membres démissionnent.

Dans le cadre des débats parlementaires, une *minorité* s'est opposée à cet article 66a de la Constitution considérant qu'instaurer par la loi une procédure de destitution était inutile puisqu'aucun cas ne s'est jamais produit, une *majorité* a contrario a considéré qu'il était toujours nécessaire de prévoir une telle procédure afin de ne pas être dépourvu le cas échéant.

Contre l'avis du *Gouvernement et d'une minorité de la Commission parlementaire*, le Parlement a toutefois décidé d'exclure les membres du Parlement et des législatifs communaux de la procédure de destitution.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Message du Gouvernement](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)



Ost- und Westumfahrung Flecken Beromünster

JA (64,07 %)
40,61 %

Stimmbeteiligung

Der Verkehr durch das historische Dorfzentrum Beromünster, dem sog. «Flecken», soll mit einer Umfahrungsstrasse entlastet werden. Hierfür hat der Kantonsrat einen Sonderkredit von CHF 70,6 Mio. per Dekret beschlossen. Die Bevölkerung leide unter Verkehrsimmissionen und -gefahren, die wertvollen Bauten würden Schaden nehmen.

Seit Jahrzehnten sei eine Entlastung des Dorfkerns ein Thema. Im Flecken betrage aktuelle Verkehrsaufkommen im Durchschnitt täglich 9500 Fahrzeuge, die K 15 in Richtung AG 7700 Fahrzeuge pro Tag. Mit einer Umfahrungsstrasse soll die Situation verbessert werden, indem für den Durchgangsverkehr würden eine direkte Verbindung geschaffen, Immissionen (Lärm, Abgase, Erschütterungen) reduziert, die Verkehrssicherheit sowie -qualität für alle erhöht, das Schulhausgebiet entlastet und eine Strasse gebaut, «die sich gut in die Landschaft und ins Ortsbild eingliedert». Die Umfahrung sei im kantonalen Richtplan¹⁴ enthalten und Bestandteil des Bauprogramms 2023-2026 für Kantonsstrassen. Geplant sei eine siedlungsnaher Linienführung. Das Projekt werde mit zweckgebundenen Mitteln für das Strassenwesen finanziert. Mit der Detailplanung würde im Falle seiner Annahme durch das Volk 2023 begonnen und 2025 mit der Realisierung begonnen werden, die projektierte Bauzeit betrage rund 4 Jahre.

Einig ist sich der *Kantonsrat* hinsichtlich der Notwendigkeit der Entlastung des Fleckens in Beromünster gewesen und *befürwortete* das Projekt schlussendlich mit 87 zu 24 Stimmen.

Als Hauptargumente nannten die *befürwortenden Ratsmitglieder*, dass mit der Realisierung der Umfahrung die gesetzlichen Lärmschutzzvorgaben und der geforderte Ortsbild- Und Denkmalschutz «endlich erfüllt», die Strassensicherheit «merklich» verbessert und das Projekt von Bevölkerung und Gewerbe «nachweislich stark befürwortet» werde. Bei einer siedlungsnahen Linienführung seien Landverbrauch gering und Kosten-Nutzen-Verhältnis «vernünftig», die geplante Umfahrung sei zudem «für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region sowie deren Entwicklung als Wohngebiet wichtig».

Für die *ablehnenden Ratsmitglieder* würde mit der Umfahrung «der motorisierte Verkehr gefördert statt vermindert», was den Umwelt- und Klimaschutzzielen widerspreche. Lärm- und Sicherheitsprobleme würden nur verlagert, nicht behoben, die 100 Meter lange Brücke sei überdimensioniert und beeinträchtige das Ortsbild, es wäre eine massvolle[re] Lösung mit geringeren Kosten möglich und eine Bauetappierung sinnvoll und es werde «[w]ertvolles Kulturland und attraktive Wohnlagen» dem Strassenbau «geopfert».

Der *Regierungsrat* empfiehlt dem Stimmvolk in Übereinstimmung mit dem Kantonsrat, den Sonderkredit zur Realisierung der Umfahrung *anzunehmen*: das Strassenprojekt sei im öffentlichen Interesse, notwendig, zweck- und verhältnismässig, verbessere Verkehrssicherheit und -qualität für alle Verkehrsteilnehmenden, berücksichtige örtliche Gegebenheiten und die Anliegen von Beromünster.

Das Dekret unterliegt nach § 23 lit. b KV LU¹⁵ dem obligatorischen Referendum, weswegen hierüber eine Volksabstimmung durchzuführen ist.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Volksbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

¹⁴ Siehe Abschnitt [M3 «Kantonsstrassen»](#) und die dazugehörige [Richtplankarte](#).

¹⁵ Verfassung des Kantons Luzern vom 17.06.2007 (KV LU; SRL Nr. 1).



Allgemeine Bemerkungen zu sämtlichen Vorlagen

Im Kanton SG gibt es vier Spitalverbunde: das Kantonsspital SG, die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland (SRRWS), das Spital Linth und die Spitalregion Fürstenland Toggenburg (SRFT). Der Kanton SG ist Eigentümer der Spitalverbunde und bestimmt die Strategie. Die Eigentümerstrategie verlangt von den Spitalverbunden eine Eigenkapitalquote von wenigstens 25 %. Die Eigenkapitalquote ist der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital des Spitalverbundes. Heute hat nur das Kantonsspital SG eine Eigenkapitalquote von mehr als 25 %.

Die Spitalverbunde im Kanton SG haben schlechtere Ergebnisse erzielt als erwartet, unter anderem wegen der Covid-19-Pandemie. Ihr Eigenkapital hat abgenommen. Dadurch ist auch die Eigenkapitalquote gesunken. Die SRFT hatte bereits Ende 2021 kein Eigenkapital mehr. Das Spital Linth wird ohne Kapitalerhöhung im Jahr 2023 kein Eigenkapital mehr haben, die SRRWS im Jahr 2025. Die Spitalverbunde erwarten auch in den nächsten Jahren Verluste. Ihre Eigenkapitalquoten werden also weiter sinken. Sie werden sich frühestens ab 2027 stabilisieren oder steigen.

Das Stimmvolk hat am 30.11.2014 Ja gesagt zu zwei Krediten: CHF 85 Mio. für den Ausbau des Spitals Altstätten; CHF 137 Mio. für den Ausbau des Spitals Grabs. Die Spitäler Altstätten und Grabs gehören zur SRRWS. Gemäss der neuen Spitalstrategie wird aus dem Spital Altstätten im Jahr 2027 ein Gesundheits- und Notfallzentrum. Die SRRWS verzichtet deshalb auf den Ausbau des Spitals Altstätten. Sie braucht auch den Kredit von CHF 85 Mio. nicht mehr. Das Spital Grabs übernimmt per 2027 die stationären Leistungen des Spitals Altstätten. Ein weiterer Ausbau ist nötig. Die SRRWS braucht für den zusätzlichen Ausbau des Spitals Grabs einen neuen Kredit vom Kanton.

Die vier Spitalverbunde sollen ab dem Jahr 2026 im Durchschnitt eine Eigenkapitalquote von 23 % haben. Sie brauchen dafür zusammen CHF 163 Mio. zusätzliches Eigenkapital. Das Spital Grabs braucht 46 zusätzliche Betten und zusätzliche Gebäude. Nur dann kann es im Jahr 2027 die stationären Leistungen des Spitals Altstätten übernehmen. Der zusätzliche Ausbau kostet CHF 126 Mio. Die SRRWS kann nur CHF 26 Mio. selbst bezahlen. Es fehlen also CHF 100 Mio. Aus rechtlichen Gründen kann die SRRWS nicht den Ausbaukredit verwenden, den das Spital Altstätten nicht mehr braucht. Sie braucht deshalb einen neuen Kredit von CHF 100 Mio. vom Kanton. Der zusätzliche Ausbau des Spitals Grabs war bereits Teil der «Weiterentwicklung der Strategie der St. Galler Spitalverbunde». Der gesamte Ausbau wird kleiner sein als ursprünglich geplant. Dies unter anderem, weil die SRRWS das Spital Walenstadt an das

Eigenkapitalquote	31. Dezember 2022
Kantonsspital St.Gallen (KSSG)	27,4 Prozent
Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland (SRRWS)	17,1 Prozent
Spital Linth	0,4 Prozent
Spitalregion Fürstenland Toggenburg (SRFT)	-8,4 Prozent

Quelle: Erläuternder Bericht, S. 4

Kantonsspital Graubünden verkauft hat.

Der *Kantonsrat* argumentiert, dass die Erhöhung des Eigenkapitals zur Handlungsfähigkeit und finanziellen Stabilität der Spitalverbunde erforderlich ist. Nur so könne ihr Leistungsauftrag erfüllt und die Gesundheitsversorgung gesichert werden. Die SRRWS habe ohne Kapitalerhöhung im Jahr 2025 kein Eigenkapital mehr. Dies könnte die Unterstützung des Kantons erforderlich machen. Das Spital Linth hat bei einem Nein zur Kapitalerhöhung bereits in diesem Jahr kein Eigenkapital mehr. Und bei einem Nein zum Baukredit an die SRRWS kann das Spital Grabs den Ausbau nicht wie geplant durchführen. Es kann dann vielleicht den Leistungsauftrag nicht mehr erfüllen und die Gesundheitsversorgung nicht mehr sichern.

Der *Kantonsrat* hat am 15.02.2023 eine Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalverbunde und zum Kredit von CHF 100 Mio. an die SRRW beschlossen. Beschlüsse über neue Ausgaben, die höher sind als CHF 15 Mio. unterstehen nach kantonalem Recht dem obligatorischen Finanzreferendum (Art. 48 Abs. 1 lit. d KV SG16 i.V.m. Art. 6 RIG17). Gemäss Bundesgericht dürfe eine Abstimmungsvorlage nur eine Sachfrage enthalten, weshalb über drei separate Vorlagen abgestimmt werde.¹⁸

1. Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland in Form einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen

JA (74,48 %)

37,57 %

Stimmbeteiligung

Die SRRWS brauche zusätzliches Eigenkapital von CHF 64.5 Mio. Der Kantonsrat hat beschlossen, CHF 40 Mio. Kontokorrent-Darlehen und CHF 24.5 Mio. Baudarlehen in Eigenkapital umzuwandeln. Die Umwandlung des Baudarlehens in Eigenkapital ist keine Ausgabe, es würden lediglich Aktivposten innerhalb des kantonalen Verwaltungsvermögens getauscht. Deshalb sei der diesbezügliche Kantonsratsbeschluss abschliessend müsse das Volk nicht darüber abstimmen. Die Umwandlung des Kontokorrent-Darlehens in Eigenkapital im Betrag von CHF 40 Mio. stelle allerdings eine neue Ausgabe dar, die die Schwelle von Art. 6 RIG¹⁹ überschreite und folglich dem obligatorischen Finanzreferendum.

Der *Kantonsrat* hat der Vorlage mit 114 zu keinen Gegenstimmen, keiner Enthaltung und 6 nicht abgegebenen Stimmen *zugestimmt*.

2. Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals des Spitals Linth in Form einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen und eines Betriebsdarlehens

JA (73,98 %)

37,52 %

Stimmbeteiligung

Das Spital Linth brauche zusätzliches Eigenkapital von CHF 39.2 Mio. Der Kantonsrat hat beschlossen, CHF 30 Mio. Kontokorrent-Darlehen und ein Betriebsdarlehen von CHF 9.2 Mio. in Eigenkapital umzuwandeln.

Der *Kantonsrat* hat der Vorlage mit 114 Stimmen, keiner Gegenstimme oder Enthaltung und 6 nicht abgegebenen Stimmen *zugestimmt*.

3. Kantonsratsbeschluss über die Darlehensgewährung an die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland für verschiedene Bauvorhaben am Standort Grabs

JA (71,26 %)

37,61 %

Stimmbeteiligung

Der zusätzliche Ausbau des Spitals Grabs koste CHF 126 Mio. Die SRRWS kann nur CHF 26 Mio. aus eigenen Mitteln bezahlen. Die SRRWS braucht für die restlichen CHF 100 Mio. einen neuen Kredit. Nur der Kanton als Eigentümer kommt als Kreditgeber infrage. Der Ausbau des Spital Grabs sei erforderlich, damit die stationären Leistungen des Spitals Altstätten übernommen werden könnten.

Der *Kantonsrat* hat der Vorlage mit 77 zu 26 Stimmen, 10 Enthaltungen und 7 nicht abgegebenen Stimmen *zugestimmt*.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Kantonale Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

¹⁶ Verfassung des Kantons St. Gallen vom 10.06.2001 (KV SG; [sGS 111.1](#)).

¹⁷ Gesetz über Referendum und Initiative vom 27.11.1967 (RIG; [sGS 125.1](#)).

¹⁸ Vgl. statt vieler: [BGE 129 I 366](#) (370 ff.), E. 2.2. f., je m.w.H.; zum Kreditreferendum: [BGE 99 Ia 177](#) (181 ff.), E. 3. m.w.H.; [BGE 90 I 69](#) (72 ff.), E. 2. f. m.w.H.

¹⁹ Gesetz über Referendum und Initiative vom 27.11.1967 (RIG; [sGS 125.1](#)).



Kreditbeschluss zur Fortführung der palliativen Spezialversorgung im Kanton Schaffhausen

JA (87,16 %)

64,85 %

Stimmbeteiligung

Das Schaffhauser Pilotprojekt biete seit 2019 neue, spezialisierte Palliative Care-Dienste an. Zur Betreuung und Behandlung von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen, chronisch progredienten Krankheiten oder schweren Behinderungen. Gemäss Ergebnissen einer Befragung der Grundversorger seien die Dienste gut bis sehr gut aufgenommen worden und es sei bereits eine Qualitätsverbesserung bei der palliativen Endbetreuung festzustellen. Der Kreditbeschluss solle die langfristige jährliche Finanzierung ab 2024 sicherstellen.

Nach Art. 36 GesG²⁰ i.V.m. Art. 2 AbPG²¹ hat der Kanton SH «für eine bedarfsgerechte spezialisierte palliative Pflege in der letzten Lebensphase zu sorgen». 2019 seien die bestehenden Versorgungsstrukturen in einem Pilotprojekt um spezialisierte Palliative Care-Dienste ergänzt; das Pilotprojekt läuft am 31.12.2023 aus. Es besteht aus einem mobilen Palliative Care-Dienst, einem Hospiz, einer Koordinationsstelle und einem Palliative-Konsiliardienst. Eindeutige Kosten-Nutzen-Analysen seien «sehr aufwendig und schwierig zu erstellen. Es gibt jedoch starke Hinweise dafür, dass die neuen Dienste nicht nur Kosten erzeugen, sondern auch zu erheblichen Einsparungen führen». Kantonsrat und Regierungsrat möchten die Angebote langfristig für die Bevölkerung sicherstellen, wobei insgesamt mit einem Finanzierungsaufwand von CHF 960'000.00; die definitiv notwendigen Kosten würden nach einem Vergabeverfahren bekannt sein und dürfen den vorgenannten Betrag als Kostendach nicht überschreiten.

Der *Kantonsrat* hat die Finanzierung *einstimmig* (51 Stimmen) *beschlossen*. Die langfristige Sicherstellung der Palliative Care-Dienste sei seiner Meinung nach wichtig und bringe viele Vorteile mit sich. Die Vorlage des Regierungsrates blieb in den Beratungen des Kantonsrats unbestritten, lediglich bei der Bettenzahl im Hospiz (aktuell deren drei) sei es zu Diskussionen gekommen. Für die Bevölkerung des Kantons SH – unter Auslassung der angrenzenden [ausserkantonalen] Gemeinden schein die bisherige Bettenzahl auszureichen. Eine Erhöhung solle erst umgesetzt werden, wenn der Bedarf dies anzeige, einzelne Ratsmitglieder befürworteten dennoch ein viertes Hospizbett, da ihrer Meinung nach «[e]ine ausreichende Belegung (...) unter Einbezug der ausserkantonalen Gemeinden möglich» wäre.

Gemäss Art. 32 lit. e in fine KV SH²² entscheiden die Stimmberechtigten obligatorisch über jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als CHF 5000'000.00, weswegen über den Kreditbeschluss eine Volksabstimmung durchzuführen ist.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungsmagazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

²⁰ Gesundheitsgesetz vom 21.05.2012 (GesG; [SHB 810.100](#)).

²¹ Altersbetreuungs- und Pflegegesetz vom 02.07.2007 (AbPG; [SHR 813.500](#)).

²² Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17.06.2002 (KV SH; [SHR 101.000](#)).

SO



1. Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG): Zulassung von Leistungserbringern im ambulanten Bereich

JA (63,39 %)
37,88 %

Stimmbeteiligung

Mit Anpassung²³ des KVG²⁴ müssen die Kantone neu die Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen von Leistungserbringern überprüfen und die Höchstzahl von ambulanten Leistungserbringern der obligatorischen Krankenpflegeversicherung beschränken.²⁵ Das erfordert eine Änderung des GesG²⁶. Primär wird die neue Zuständigkeit festgesetzt. Der Kanton SO verzeichne im Vergleich mit seinen Nachbarkantonen und im Schweizer Durchschnitt eine geringere Ärztedichte. Eine Beschränkung sei daher nicht absehbar, insbesondere nicht im ländlichen Kantonsteilen.

Mit der Änderung vom 19.06.2020 des KVG wurden neue Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren für alle ambulanten Leistungserbringer (Ärztinnen und Ärzte, Pflegefachpersonen, etc.), die über die OKP²⁷ abrechnen, eingeführt. Die Kantone müssen nun²⁸ formell über die Zulassung dieser Leistungserbringer verfügen und die Einhaltung der Voraussetzungen beaufsichtigen. Neu soll das Departement des Innern (bzw. das Gesundheitsamt) für das Zulassungsverfahren sowie zur allfälligen Anordnung von Massnahmen und die Aufsicht zuständig sein (§ 25^{bis} nGesG). Die Kompetenz zur Zulassungsbeschränkung wird aufgrund der politischen Tragweite dem Regierungsrat zukommen (§ 25^{ter} nGesG). Die wesentlichen Vorgaben bezüglich Zulassung seien bereits durch das geltende Bundesrecht vorgegeben. Mit der Gesetzesänderung sollen die «erforderlichen gesetzlichen Zuständigkeits- und Delegationsvorschriften zur Umsetzung geschaffen». Wegen eines Urteils aus dem Kanton BL sei davon auszugehen, dass die Höchstzahlbeschränkung ohne spezifische gesetzliche Ermächtigung des Regierungsrats nicht zulässig sei.²⁹ Separat auf Verordnungsstufe sollen Einzelheiten zur Zulassung und den Höchstzahlen für ambulant tätige Ärzte geregelt werden, womit die nötige rechtliche Flexibilität geschaffen werde, damit der Regierungsrat rasch auf neue Entwicklungen reagieren könne. Die Gesetzesänderung habe keine direkten finanziellen Auswirkungen. Die Umsetzung des Bundesrechts «und die damit verbundenen zusätzlichen kantonalen Aufgaben beim Zulassungsverfahren und der Zulassungsbeschränkung (Festlegung von Höchstzahlen) erfordern gegenüber heute [zusätzliches Personal] im Umfang von 1,5 Stellen im Gesundheitsamt». Jede Zulassung sei gebührenpflichtig, welche dem Kanton SO als Erträge zuflössen.

Der *Kantonsrat* stimmt der Änderung des GesG mit 55 zu 29 Stimmen bei 10 Enthaltungen zu. Damit wurde die notwendige Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder nicht erreicht, womit das Stimmvolk über die Gesetzesrevision zu entscheiden hat.³⁰

Nach der *Mehrheitsmeinung* im *Kantonsrat* und im *Regierungsrat* seien die Kantone zur Umsetzung des geltenden Bundesrechts verpflichtet. Es brauche eine klare kantonalgesetzliche Zuständigkeitsregelung. Da die Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien laufend stiegen, brauche der Kanton ein Steuerungsinstrument, wenn sich eine Überversorgung abzeichnen würde. Die zentralen Inhalte zur

²³ Bundesgesetz vom 19. Juni 2020 (Zulassung von Leistungserbringern), in Kraft seit 01.01.2022 ([AS 2021 413](#)).

²⁴ Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18.03.1994 (KVG; [SR 832.10](#)).

²⁵ Vgl. Art. 55a KVG; s. Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Zulassung von Leistungserbringern) vom 09.05.2018, [BBI 2018 3125](#), 3139 f.

²⁶ Gesundheitsgesetz vom 19.12.2018 (GesG; [BGS 811.11](#)).

²⁷ Obligatorische Krankenpflegeversicherung.

²⁸ Bis zum 01.01.2024: Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 19.06.2020 Abs. 1 KVG.

²⁹ [Urteil 810 22 81](#) des KGer. BL, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, vom 18.01.2023, E. 4.3.6., 4.6. und 5.3.2. f.

³⁰ § 35 Abs. 1 lit. d Kantonsverfassung vom 08.06.1986 (KV SO; [BGS 111.1](#)).

Zulassung und Beschränkung seien bereits im Bundesrecht geregelt. Mit der kantonalgesetzlichen Delegationsnorm könne man flexibel und rasch auf neue Entwicklungen reagieren.

Nach der *Minderheit* im *Kantonsrat* seien «mehr inhaltliche Details zur Zulassungsbeschränkung zu regeln». Ärztinnen und Ärzte seien in einer Vernehmlassung anzuhören, die Vorlage sende «ein falsches Signal» an die Ärzte, welche in der Grundversorgung tätig seien. Die kantonale Umsetzung des neuen Bundesrechts führe zu unverhältnismässigen administrativen Mehraufwänden und die «bundesrechtliche Regelung zur Zulassungsprüfung und -beschränkung sei grundsätzlich abzulehnen und solle deshalb nicht umgesetzt werden».

2. Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 1 – Hände weg vom Katasterwert!»

NEIN (58,62%)

37,92 %

Stimmbeteiligung

Mit der Initiative soll das Steuergesetz³¹ um einen § 292 erweitert werden, nach welchem eine Neueinschätzung des Katasterwerts nach einer Totalrevision frühestens auf Beginn der Steuerperiode 2032 in Kraft treten dürfe (Moratorium Totalrevision Katasterschätzung). Die geltenden Katasterwerte sind bereits über 50 Jahre alt und seit Längerem nicht mit höherrangigem Bundesrecht vereinbar. Das Katasterschätzungssystem wird aktuell bereits totalrevidiert und würde bei Ablehnung der Initiative in eine zweite Vernehmlassung gehen.

Im Kanton SO wird der Vermögenssteuerwert von Liegenschaften Katasterwert genannt. Nach § 64 Abs. 2 Steuergesetz ordnet der Kantonsrat i.d.R. alle 8 und spätestens alle 12 Jahre oder bei einer erheblichen Veränderung der Verkehrs- oder Ertragswerte die allgemeine Revision der Katasterschätzung³² an. Die heutigen Katasterwerte beruhen auf dem Stichtag vom 01.01.1970. Liegenschaften sind grundsätzlich zum Verkehrswert, jedoch immer zu mindestens 70% davon zu besteuern. Die Katasterwerte würden heute nur noch knapp 20% der effektiv bezahlten Kaufpreise betragen. Damit erwiesen die geltenden Katasterwerte sich als bundesrechtswidrig. Dies führe zu einer ungleichen Besteuerung gegenüber anderen Vermögenswerten. Die Immobilienpreise hätten sich «regional stark unterschiedlich» entwickelt, womit auch die Hauseigentümerschaft untereinander rechtsungleich besteuert würde. Das geltende Bewertungsverfahren sei «unnötig kompliziert und aufwändig. Die Katasterwertberechnung könne letztlich kaum nachvollzogen werden. Am 15.05.2022 nahm das Stimmvolk den Gegenvorschlag³³ zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa. Für eine Senkung der Steuern für mittlere und tiefe Einkommen».³⁴ Die Revision der Katasterschätzung wurde darin nicht aufgenommen und sollte in einer separaten Vorlage erfolgen; die erste Vernehmlassung wurde bereits durchgeführt. In dieser rechnete der Kanton SO aufgrund der erhöhten Katasterwerte mit Mehreinnahmen von ca. CHF 18,7 Mio. «Diese Mehreinnahmen sollen jedoch vollständig mit Steuererleichterungen ausgeglichen werden. Zudem solle der Eigenmietwert insgesamt nicht erhöht werden und folglich auch keine Mehreinnahmen generieren». Wegen der vorliegenden Initiative ist die Totalrevisionsvorlage zurzeit sistiert. Sollte die Gesetzesinitiative abgelehnt werden, geht die Totalrevisionsvorlage in die zweite Vernehmlassung. Der Regierungsrat wolle diese weiterhin «aufkommensneutral» gestalten.

Nach Meinung des *Initiativkomitees* verhindere die Initiative eine massive steuerliche Mehrbelastung, denn ein höherer Katasterwert führe v.a. zu einer höheren Einkommenssteuer infolge höheren Eigenmietwerts. Das Wohneigentum sei im Kanton SO «so breit gestreut wie kaum ein einem anderen Kanton». Die «Rentner, Búezer und Angestellte» gerieten durch die geplante Erhöhung in Schwierigkeiten. Das Versprechen des Regierungsrates, die Revision aufkommensneutral zu gestalten, sei unlösbar; die Initiative verhindere ein «Bürokratie-Monster». Habe sich die Steuerbelastung im Kanton bis 2030 auf das schweizerische Mittel harmonisiert, könne der Regierungsrat ab 2032 die Katasterrevision angehen. Mit Annahme der Initiative könne der Regierungsrat sich auf seine

³¹ Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern vom 01.12.1985 (Steuergesetz; BGS 614.11).

³² Vgl. Verordnung über die Katasterschätzung vom 01.09.1953 (BGS 212.478.42).

³³ Vgl. Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat von SO vom 21.12.2021, in: RRB Nr. 2021/1919.

³⁴ Vgl. Newsletter des IFF vom 15.05.2022.

Standortstrategie 2030, nach welcher bei der Einkommensbesteuerung «ein Platz im Mittelfeld der Schweizer Kantone» angestrebt werde, konzentrieren, ohne zugleich Steuern zu erhöhen. In den letzten 5 Jahren habe der Kanton Überschüsse von ca. CHF 470 Mio. angehäuft und er verfüge aktuell über ein Eigenkapital von ca. CHF 700 Mio. «Statt das Ausgabenwachstum zu befeuern, ist es an der Zeit, die Solothurner Bevölkerung endlich wirksam zu entlasten».

Für die *Mehrheit* des *Kantonsrates* sowie des *Regierungsrates* sei eine Ablösung der geltenden Katasterschätzung nach über 50 Jahren überfällig. Die derzeitigen Katasterwerte seien längst nicht mehr bundesrechtskonform. Die «Mängel» des geltenden Systems führten zu mehreren «Ungerechtigkeiten». Die grössten Gewinner seien diejenigen Wohneigentümer, deren Landwerte am meisten gestiegen seien. Wie die Katasterschätzungsrevision ausfallen werde, sei aufgrund der kritischen Rückmeldungen in der ersten Vernehmlassung heute noch nicht klar. Deswegen wird die Vorlage umfassend überarbeitet und dann in eine zweite Vernehmlassung geschickt. Sie solle weiterhin aufkommensneutral sein. Die Annahme der Initiative würde die neue Vorlage «im Ansatz ersticke». Bessere Lösungen würden verhindert und für weitere 10 Jahre hinausgezögert. Eine «kleine Gruppe» von Wohneigentümern bezahle heute keine Vermögenssteuern, obschon sie Liegenschaften im Wert von über CHF 10 Mio. besässen. Das sei nur möglich, weil die geltenden Katasterwerte «nur knapp mehr» als 20% der effektiven Marktpreise betrügen, die Fremdfinanzierung aber vollumfänglich abgezogen werden könne. Bei einer Totalrevision könnten stattdessen zwei Mehreinnahmen bspw. Durch Erhöhung der Freibeträge bei der Vermögenssteuer zurückerstattet werden. Davon würden alle profitieren und die Mehrheit der Wohneigentümer würde weiterhin keine Vermögenssteuer leisten müssen.

Der *Kantonsrat* empfiehlt die Gesetzesinitiative mit 58 zu 38 Stimmen bei 1 Enthaltung zur *Ablehnung*.

3. Gesetzesinitiative «Zwillingsinitiative 2 – Hände weg von den Abzügen!»

NEIN (61,03 %)

37,85 %

Stimmbeteiligung

Mit der Initiative soll das Steuergesetz¹⁵ um einen § 293 erweitert werden, nach welchem die geltenden allgemeinen Steuerabzüge, Berufsauslagenabzüge und Sozialabzüge bis zum Beginn der Steuerperiode 2032 nicht gesenkt werden dürfen (Moratorium Senkung Abzüge).

Die kantonalen Steuerabzüge sind zum grossen Teil im StHG³⁵ geregelt. Die Höhe der Abzüge können grundsätzlich durch das kantonale Recht bestimmt werden, vereinzelt ist diese aber durch das Bundesrecht vorgeschrieben. Die Bestimmungen des StHG sind nach ihrem Inkrafttreten direkt anwendbar, wenn ihnen das kantonale Steuerrecht widerspricht.³⁶ Der Kanton SO plane derzeit keine weitere Senkung von Abzügen, daher ändere sich auch bei Annahme der Initiative vorläufig nichts. Der bundesrechtliche Abzug auf Leibrenten und ähnliche Vorsorgen werde jedoch per 01.01.2025 geändert: wird die Initiative angenommen, würden solche Änderungen bis 2032 nicht ins kantonale Recht aufgenommen werden können. Auch die Umsetzung weiterer geplanter Pauschalisierungen im Bundessteuerrecht könnten durch die Annahme erschwert werden.

Das *Initiativkomitee* führt aus, dass das Moratorium vor weiterer steuerlicher Mehrbelastung schütze, v.a. werktätige Pendlerinnen und Pendler. Abzüge für Kinder und pflegebedürftige Menschen würden «bis 2032 wirksam vor dem Zugriff des Fiskus geschützt». Während des Moratoriums dürften Abzüge «jederzeit nach oben» geändert werden, womit regierungs- und Kantonsrat den «notwendigen Handlungsspielraum im Interesse der Bürgerinnen und Bürger» erhielten. Beide Zwillingsinitiativen verhelfen der Standortstrategie 2030 des Regierungsrates ohne Steuererhöhungen «zum Ziel».

Nach Meinung der *Mehrheit* des *Kantonsrates* sowie des *Regierungsrates* seien die Steuerabzüge bereits durch das Bundesrecht weitgehend harmonisiert, oft könne der Kanton aber noch die Höhe der Pauschale wählen. Widerspricht das kantonale Recht, kommt direkt das StHG zur Anwendung. «Die Annahme der

³⁵ Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14.12.1990 (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG; [SR 642.14](#)).

³⁶ Art. 72 Abs. 2 StHG.

Initiative führt hierbei zu einer Einschränkung und Disharmonisierung». Eine Senkung von Abzügen sei derzeit nicht geplant. «Ein Moratorium auf Gesetzesstufe hat sodann ohnehin keine Wirkung gegenüber Abzügen, die ebenfalls auf Gesetzesstufe geregelt sind. Diese könnten durch eine weitere Gesetzesänderung jederzeit wieder angepasst werden. Weil dies für die Mehrheit der Abzüge zutrifft, würde die Initiative nur sehr begrenzt ihre Wirkung entfalten». Das Steuersystem würde dadurch nur verkompliziert werden. Ein zehnjähriges Moratorium nehme zudem keinerlei Rücksicht auf künftige Entwicklungen.

Der *Kantonsrat* empfiehlt die Gesetzesinitiative mit 58 zu 37 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur *Ablehnung*.

Folgen der direkten Anwendung des Steuerharmonisierungsgesetzes:

Beim StHG handelt es sich um ein Rahmengesetz. Seine direkte Anwendung setzt voraus, dass ihm eine direkt anwendbare Regel entnommen werden kann. Solche «Vollregelungen» sind im StHG teilweise vorhanden, diese lassen keinen «Freiraum» mehr für anderslautende kantonale Regelungen. Wo den StHG-Normen bloss Prinzipiencharakter zukommt oder sie den Kantonen einen Regelungsspielraum belassen, sind der direkten Anwendung ohne Konkretisierung durch den kantonalen Steuergesetzgeber Grenzen gesetzt: fehlt bspw. eine Steuertarifierung und versäumt es der Kanton, eine solche festzulegen, kann diese nicht durch die Steuerverwaltung oder Steuerjustiz erfolgen.

Nach Literatur und Rechtsprechung gelten die allgemeinen Abzüge nach Art. 9 Abs. 2 StHG (resp. mindestens Aus- und Weiterbildungskosten in Bezug auf die Berufsauslagen nach lit. o dieser Bestimmung) im hier interessierenden Kontext als unmittelbar anwendbar. Insofern würde die Initiative im Falle ihrer Annahme keine Wirkung entfalten, welche mit diesen Bestimmungen im Widerspruch stünde.³⁷ Bei den Sozialabzügen sind jedoch bereits von Bundesverfassungs wegen nur die Kantone zuständig,³⁸ was durch Art. 9 Abs. 4 Satz 2 StHG bekräftigt wird.³⁹ Bei diesen ist demnach voraussichtlich nicht damit zu rechnen, dass das kantonale Moratorium mangels Kompetenz mit höherrangigem Bundesrecht in Widerspruch geraten könnte, jedenfalls nicht im Bereich des StHG.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[AbstimmungsInfo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

TG



1. Änderung des Gesetzes über die Energienutzung

JA (62,44 %)

39,43 %

Stimmbeteiligung

Gemäss der Kantonsverfassung fördern Kanton und Gemeinden Massnahmen zur Nutzung umweltverträglicher erneuerbarer Energien und schaffen Anreize für eine sparsame und effiziente Energieverwendung im Kanton. Zur Finanzierung eines Programms zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz steht ein Energiefonds zur Verfügung. Dieser muss am 01.01. jeden Jahres mit einer kantonalen Fördersumme von CHF 12 bis 22 Mio. dotiert sein. Diese kantonale Fördersumme wird unter bestimmten Bedingungen durch den Bund ergänzt. Der Fonds soll flexibilisiert werden, indem die Obergrenze aufgehoben werden solle, sodass bei positiven Rechnungsabschlüssen des Kantons Einlagen getätigt werden könnten, die über die heute geltende

³⁷ Zum Ganzen: HUNZIKER/BIGLER, Art. 72 N 11-14 m.w.H., in: Kommentar zu, Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Zweifel/Beusch (Hrsg.), 4. Aufl., Basel 2022.

³⁸ Art. 129 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 (SR 101).

³⁹ REICH/VON AH/BRAVAND, Art. 9 N 58, StHG-Kommentar, a.a.O.

Maximalhöhe von CHF 22 Mio. hinausgingen. Ziel sei, dass die Fördermassnahmen auch bei schlechteren Rechnungsabschlüssen aufrechterhalten werden können.

Mit der Einreichung der parl. Initiative «Flexibler Energiefonds» wurde eine Flexibilisierung des Energiefonds gefordert. § 6a Abs. 3 *ENG*⁴⁰ solle dahingehend ergänzt werden, dass der Regierungsrat oder ein Mitglied des Parlaments dem Grossen Rat zur Finanzierung von dringlichen, ausserordentlichen Massnahmen eine Erhöhung der Fördersumme beantragen darf.

Die *Initiantinnen und Initianten* machen geltend, diese Kompetenzerweiterung erlaube es dem Grossen Rat und dem Regierungsrat, besser auf ausserordentliche Lagen reagieren und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und von deren Herkunftsländern schneller verringern zu können. Die fossilen Energieträger könnten «weitestgehend» durch einheimische, erneuerbare Energien (insbesondere Erdwärme, Biogas, Fernwärmenetze, thermische Solaranlagen, Wärmepumpen und Holzheizungen) ersetzt werden.

Der *Regierungsrat* hat Verständnis für das Anliegen, dem Energiefonds mehr Mittel zukommen zu lassen. Er ist jedoch der Meinung, dass die geforderte Kompetenzerweiterung zu grossen Unsicherheiten im Vollzug geführt und die Planungssicherheit für Projekte eher geschwächt hätte. Deshalb hat der Regierungsrat stattdessen vorgeschlagen, den Energiefonds dahingehend zu flexibilisieren, dass die Obergrenze von CHF 22 Mio. gestrichen werden solle. Seit vielen Jahren budgetiere der Regierungsrat jährlich eine Einlage in den Energiefonds von CHF 7 Mio. Bei positiven Rechnungsabschlüssen haben zusätzlich Sondereinlagen getätigt werden können. Teilweise liesse das Budget jedoch nur kleinere Einlagen zu. Der Entscheid über die Höhe der Einlagen in den Energiefonds liege immer beim Grossen Rat. Daran ändere sich auch nichts, wenn die starre Obergrenze aufgehoben würde. Die nachfolgende Grafik bildet den Fondsbestand der Kantonsmittel jeweils per Anfang Jahr ab:

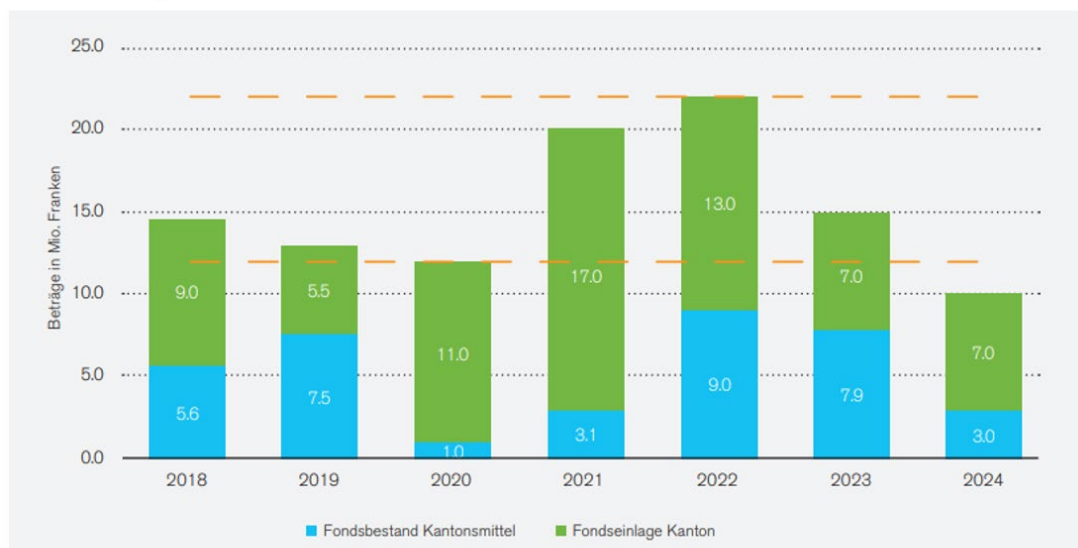
Daraus sei ersichtlich, dass im Jahr 2022 erstmals die Obergrenze von total CHF 22 Mio. erreicht worden sei und zu diesem Zeitpunkt entsprechend keine weiteren Einlagen möglich gewesen wären. Bleibt die Nachfrage allerdings auf dem aktuellen Niveau, würde gemäss den Prognosen des Amts für Energie die Untergrenze von CHF 12 Mio. bereits 2024 unterschritten, sofern jährlich nicht mehr als die üblichen budgetierten CHF 7 Mio. in den Energiefonds eingelegt werden können. Dies muss aus heutiger Sicht als realistisches Szenario betrachtet werden.

Im Rahmen der *parlamentarischen Beratungen des Gesetzes* wurden namentlich folgende Argumente *gegen* die vorgeschlagene Anpassung geäussert: Das heute geltende Recht, dass der Energiefonds am Stichtag mit mind. CHF 12 Mio. und max. CHF 22 Mio. alimentiert sein müsse, sei bei der Einführung im Jahr 2011 ein Kompromiss gewesen, der sich bis heute sehr gut bewährt habe und nun der Volksabstimmung unterbreitet werde. Die vorgesehene Aufhebung der Obergrenze sei eine Erhöhung des Fonds auf Vorrat, weil die Mittel in den letzten Jahren meist nicht komplett ausgeschöpft worden seien. Deshalb bestehe keine Notwendigkeit, die Obergrenze zu streichen. Um die Ziele des *ENG* zu erreichen, brauche es ein Umdenken und Eigeninitiative der Bevölkerung, aber keine zusätzlichen finanziellen Mittel seitens des Kantons.

⁴⁰ Gesetz über die Energienutzung (*ENG*) vom 10.03.2004 ([RB 731.1](#)).

Der *Grosse Rat* hat der Gesetzesänderung am 11.01.2023 mit 84 zu 35 bei einer Enthaltung *zugestimmt*. Zur Volksabstimmung kommt es, weil ein Behördenreferendum (§ 22 KV-TG⁴¹) ergriffen worden ist.

Entwicklung des Fondsbestands



Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 6

2. Kreditbegehren über CHF 127.2 Mio. (CHF 127'203'243.85) betreffend die Verwendung des Agios aus der Ausgabe von Partizipationsscheinen der Thurgauer Kantonalbank (TKB)

JA (72,28 %)

39,13 %

Stimmbeteiligung

Im Jahr 2014 ist die Thurgauer Kantonalbank (TKB) mit der Ausgabe von Partizipationsscheinen (PS) im Umfang von 10 % des Grundkapitals an der Schweizer Börse kotiert worden. Dabei gab es beim Börsengang eine Überzeichnung, die in einem Agio von CHF 127.2 Mio. resultierte. Diese CHF 127.2 Mio. flossen dem Kanton TG als Eigentümer der TKB zu und sind seither in der Bilanz dem Eigenkapital des Kantons TG zugeordnet. Nach dem Auslaufen des Ausgabenmatoriums per Ende 2021 möchten Parlament und Regierung diesen Betrag zugunsten der Allgemeinheit investieren. Es sollen Projekte finanziert werden, die der Allgemeinheit zugutekommen, nachhaltig sind, eine hohe Bedeutung für den Kanton oder die Region aufweisen und eine positive Ausstrahlung haben.

⁴¹ Verfassung des Kantons Thurgau vom 16.03.1987 (KV TG; RB 101).

Im November 2019 beauftragte der Grosse Rat den Regierungsrat, einen Bericht zu erarbeiten, der aufzeigt, wie die CHF 127.2 Mio. aus der Ausgabe von PS der TKB verwendet werden könnten. Dabei wurde ausdrücklich betont, die Mittel seien als langfristige Investition zugunsten der Allgemeinheit und der kommenden Generation einzusetzen. In der Folge rief der Regierungsrat die Bevölkerung dazu auf, bis Ende Juni 2020 Projektideen einzureichen. Aus einem Ideenwettbewerb gingen 95 Ideen hervor, wovon das Parlament und die Regierung 20 Projekte nach einheitlichen Kriterien ausgewählt und einen Projektkorb geschnürt haben. Der Projektkorb enthält 7 Grossprojekte (Fördersumme grösser als CHF 2

Projektkorb

Grossprojekte (Fördersumme > 2 Mio. Franken) nach alphabetischer Reihenfolge	Förderung in Mio. Franken
Berufsbildungscampus Ostschweiz (G23) Organisation: Thurgauer Gewerbeverband, Bezirk: Weinfelden	20
Digital & Innovation Campus Thurgau (G21) Organisation: Industrie- und Handelskammer Thurgau, Bezirk: Kreuzlingen	20
Markt Thurgau Stadtkaserne (G14) Organisation: Stadt Frauenfeld, Bezirk: Frauenfeld	20
Ökologischer Schaufelraddampfer auf Untersee und Rhein (G12) Organisation: Verein Pro Dampfer, Bezirk: Frauenfeld	3.13
TEnU 2030 – Thurgauer Energienutzung aus dem Untergrund 2030 (G04) Organisation: Verein Geothermie Thurgau, ganzer Kanton	20
Thurgauer Kultur- und Erlebniszentrum (G05) Organisation: Genossenschaft MESSEN Weinfelden, Bezirk: Weinfelden	10
Zukunft Kloster Fischingen (G25) Organisation: Verein Kloster Fischingen, Bezirk: Münchwilen	20
Kleinprojekte (Fördersumme < 2 Mio. Franken) nach alphabetischer Reihenfolge	
Ausbau Schlosskäserei Schloss Herdern (K13) Organisation: Schloss Herdern, Bezirk: Frauenfeld	0.98
Das einzige Wasserschloss in der Ostschweiz gilt es als Leuchtturm zu erhalten (K49) Organisation: Verein der Freunde des Wasserschlosses Hagenwil, Bezirk: Arbon	1.44
Elektrofähre Arbon-Langenargen (K52) Organisation: Stadt Arbon, Bezirk: Arbon	1.5
ICT Scouts & Campus Thurgau (K44) Organisation: ICT Scouts/Campus Förderverein, Bezirk: Weinfelden	0.2
Jeder Quadratmeter zählt – naturnahe Bewirtschaftung von öffentlichen Flächen (K50) Organisation: Verband Thurgauer Landwirtschaft, ganzer Kanton	0.12
Multidimensionaler Vermittlungssteg beim Seemuseum (K32) Organisation: Seemuseum Kreuzlingen, Bezirk: Kreuzlingen	0.63
Pier 8590 Romanshorn (K31) Organisation: Stadt Romanshorn, Bezirk: Arbon	2
Regionales Beachsport-Zentrum Nord-Ostschweiz (K01) Organisation: Verein und Stiftung Sandhalle Frauenfeld, Bezirk: Frauenfeld	1
Schloss Luxburg (K18) Organisation: Stiftung Schloss Luxburg, Bezirk: Arbon	1
Self-Controlled City Liner (SCCL) in Arbon (K05) Organisation: Technische Gesellschaft Arbon (TGA), Bezirk: Arbon	1.8
SoliThur (Solidarischer Thurgau) (K17) Organisation: benevol Thurgau, ganzer Kanton	0.8
Stiftung Drachenburg und Waaghaus Gottlieben (K04) Organisation: Stiftungsrat, Bezirk: Kreuzlingen	2
Thurgauer Turmweg (K41) Organisation: Politische Gemeinde Sulgen, Bezirk: Weinfelden	0.6
Total	127.20

*G = Grossprojektidee; K = Kleinprojektidee; Ziffer = fortlaufende Nummer gemäss Eingang beim Ideenwettbewerb

Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 14

Mio.) und 13 Kleinprojekte (Fördersumme kleiner als CHF 2 Mio.). Es werden Projekte in allen Kantonsteilen realisiert.

Die *Auszahlung der Fördermittel* erfolgt gemäss klaren Voraussetzungen. Die Projekte erhalten die Mittel erst, wenn die Umsetzung unter Berücksichtigung aller rechtlichen und weiteren Voraussetzungen tatsächlich erfolgen kann. Die Auszahlung erfolgt tranchenweise entsprechend dem Projektfortschritt. Es wird ein Trägerverein gegründet, der aus dem Regierungsrat besteht und eine Geschäftsstelle unterhält. Für jedes Projekt wird mit der projektumsetzenden Organisation eine Fördervereinbarung abgeschlossen, die vom Regierungsrat genehmigt wird und den zweckgebundenen Einsatz der Fördergelder durch ein transparentes Controlling sicherstellt. Kann ein Projekt wider Erwarten nicht realisiert werden, sind die Fördermittel für weitere Projekte im Sinne des Ideenwettbewerbes reserviert, die der Regierungsrat dem Grossen Rat mit dem ordentlichen Budget unterbreitet.

Im Falle einer *Ablehnung der Vorlage* würden die Mittel aus dem Erlös des Börsengangs der TKB aus dem Jahr 2014 in das freie Eigenkapital des Kantons überführt werden.

Der *Grosse Rat* hat dem Projektkorb am 25.01.2023 mit 113 zu 7 Stimmen *zugestimmt*. Parlament und Regierung empfehlen die Annahme Vorlage.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungsbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

TI



1. Modifica della legge sull'apertura dei negozi del 23 marzo 2015

SÌ (56,78 %)
39,02 %

Partecipazione

L'obiettivo è allineare le disposizioni della legge sull'apertura dei negozi (LAN) con le condizioni poste dal diritto federale per l'occupazione del personale.

Le modifiche sono le seguenti:

- utilizzare il margine concesso dalla legge federale sul lavoro aumentando da 3 a 4 le domeniche di apertura generalizzata dei negozi, durante le quali i lavoratori potrebbero essere occupati senza richiedere autorizzazioni ;
- prorogare di un'ora l'apertura delle attività (fino alle 19.00) in tutto il Cantone e per i negozi di ogni genere nelle feste infrasettimanali non parificate alla domenica (escluso il 1° maggio) e nelle domeniche che precedono il Natale, dopo l'Immacolata ;
- aumentare il limite della superficie di vendita da 200 a 400 mq per quanto attiene alle deroghe di legge previste per le località turistiche.

Per il *Gran Consiglio*, la modifica della legge sull'apertura dei negozi è accompagnata da cambiamenti positivi:

- Adeguamento alla legge federale sul lavoro. Le domeniche di apertura potrebbero essere 4 (su 52 domeniche); il massimo permesso dalla legge federale ;
- Un'ora in più in una manciata di giorni. I negozi avrebbero la possibilità di aumentare l'orario di apertura di un'ora fino alle ore 19.00, ma solo nei festivi non parificati alle domeniche ;
- Garantire un vantaggio ai piccoli commerci. Permetterebbe ai piccoli negozi (fino al massimo 400mq) di cogliere il potenziale turistico attraverso orari di apertura facilitati.

Il *Gran Consiglio* precisa che le modifiche non aprirebbero la porta a liberalizzazioni o aperture domenicali generalizzate, queste sono regolate a livello federale, e che non modificherebbero le condizioni di lavoro dei collaboratori.

Il *comitato referendario* ritiene che queste modifiche di legge rischierebbero di aggravare le difficoltà dei piccoli commerci, che non potrebbero sostenere la concorrenza delle grandi catene di negozi. L'estensione degli orari di apertura non aumenterebbe i posti di lavoro, ma i contratti a tempo parziale e su chiamata.

Il *Gran Consiglio* raccomanda di votare SÌ e il *comitato referendario* di votare NO.

2. Modifica della legge tributaria del 21 giugno 1994

SÌ (53,3 %)
38,97 %

Partecipazione

La modifica dell'articolo 32 della legge tributaria introdurrebbe una deduzione aggiuntiva dei premi di cassa malati di 1'200 franchi per ogni figlio o persona bisognosa a carico.

A parità di reddito, il contribuente che deve pagare i premi di cassa malati dei figli (obbligatori per legge) non ha la stessa capacità economica del contribuente che non deve sostenere tale costo. L'introduzione della deducibilità fiscale dei premi di cassa malati dei figli a carico permetterebbe di meglio rispettare il principio costituzionale dell'imposizione secondo la capacità economica.

Secondo il *Gran Consiglio*, la deducibilità del premio di cassa malati sarebbe una misura semplice e immediata. Il Canton Ticino, è uno dei soli tre cantoni svizzeri che non prevedono la deducibilità fiscale del premio di cassa malati per i figli minorenni. Anche la riforma dell'imposta federale diretta prevede l'introduzione di una deduzione di 1'200 franchi per figlio. Sarebbe quindi giustificato che anche in Ticino sia introdotta questa deduzione.

Secondo il *comitato referendario* invece, le deduzioni fiscali proposte sarebbero una misura non mirata a sostenere le fasce più bisognose della popolazione, ma che favorirebbe i più ricchi. Persone sole e coppie senza figli a carico, ad esempio gli anziani, non riceverebbero un centesimo in più da questo sgravio. E questo nonostante siano soprattutto queste persone a dover spendere ogni mese una parte considerevole del proprio budget per i premi. Le somme previste per questo nuovo sgravio potrebbero essere usate per delle misure molto più efficaci a favore delle famiglie che fanno fatica.

Il *Gran Consiglio* raccomanda di votare SÌ e il *comitato referendario* di votare NO.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Opuscolo informativo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

VD



Initiative populaire cantonale « Pour la protection du climat »

OUI (64,2 %)
41,68 %

Participation

L'initiative transpose au niveau cantonal les engagements pris au niveau fédéral en rapport avec les objectifs de réduction des émissions de gaz à effet de serre de l'Accord de Paris de décembre 2015. Elle formalise la participation de l'Etat et des communes aux efforts nationaux et internationaux visant à limiter le réchauffement global. Elle propose aussi une série de modifications constitutionnelles visant à inscrire la protection du climat et de la biodiversité dans la Constitution du Canton de Vaud.

La Confédération a ratifié l'Accord de Paris, s'engageant à prendre les mesures nécessaires pour :

- 1) Contenir l'élévation de la température moyenne de la planète nettement en dessous de 2° C, aux alentours de 1.5° C ;
- 2) Renforcer les capacités d'adaptation aux changements climatiques ;
- 3) Réorienter les flux financiers vers des activités moins émettrices de gaz à effet de serre.

En août 2019, prenant acte des travaux du GIEC et en cohérence avec l'Accord de Paris, le Conseil fédéral s'est engagé à viser la neutralité carbone (zéro émission nette) dès 2050.

Au niveau cantonal, le Conseil d'Etat vaudois a adopté en juin 2020 un premier Plan climat. Ce Plan climat vaudois vise une réduction de 50 à 60 % des émissions de gaz à effet de serre du territoire cantonal d'ici 2030 par rapport à 1990 et, comme au niveau fédéral, la neutralité carbone d'ici à 2050.

En adoptant en juin 2020 le Plan climat vaudois, conçu comme évolutif, le Conseil d'Etat a déjà répondu en partie aux demandes de l'initiative. Le Plan climat vaudois fixe l'objectif de neutralité carbone pour 2050 sur le territoire vaudois et a établi un objectif intermédiaire pour 2030 (– 50 à 60 % par rapport à 1990). Le Conseil d'Etat a réitéré ces engagements dans son Programme de législature 2022–2027.

Au niveau communal, plusieurs communes ont élaboré ou sont sur le point d'adopter des plans climats communaux avec des objectifs pour 2030 et au-delà. En cas d'acceptation de l'initiative, toutes les

communes vaudoises seraient tenues d'adopter de tels plans d'action, de manière individuelle ou intercommunale. Elles seraient amenées à agir dans leurs domaines de compétences, à travers les leviers et ressources à leur disposition, de manière complémentaire aux mesures déployées aux niveaux cantonal et fédéral. La mise en œuvre devrait se faire dans le respect de l'autonomie communale, et d'éventuels renforcements du cadre normatif cantonal qui impacteraient les communes continueraient dans tous les cas à faire l'objet de discussions spécifiques.

Les institutions de prévoyance de droit public seraient également impactées car l'initiative exigerait l'adoption de stratégies en matière d'investissements responsables et respectueux du climat. De telles stratégies resteraient indicatives (il ne s'agit pas de soumettre ces institutions à des obligations chiffrées strictes) et devraient respecter les exigences du droit fédéral, en matière de rendement notamment.

Pour les personnes morales avec participation de l'Etat ou des communes, la mise en œuvre de l'initiative devrait, en cas d'acceptation, se faire en tenant compte des capacités d'influence limitées dont l'Etat ou les communes disposent au sein de ces personnes morales. En sa qualité de personne morale au sein de laquelle l'Etat a une prise de participation (majoritaire), la Banque cantonale vaudoise (BCV) est concernée par l'initiative. Elle devrait, en cas d'acceptation, élaborer des plans d'action avec des objectifs intermédiaires pour 2030 et 2040.

Pour le *comité d'initiative*, cette initiative permettrait d'inscrire la protection du climat et de la biodiversité parmi les buts de l'Etat. Cela signifie que ces sujets environnementaux devront être pris en considération systématiquement lors de l'élaboration de politiques publiques. L'initiative demanderait également aux communes et au canton d'appliquer les objectifs de réduction des émissions de gaz à effet de serre convenus par l'Accord de Paris. Enfin, cette initiative requierait des personnes morales détenues par les pouvoirs publics, et tout particulièrement des caisses de pension et de la Banque cantonale, d'investir de manière responsable et respectueuse du climat.

Le *Conseil d'Etat* souhaite pleinement contribuer aux engagements que la Suisse a pris dans le cadre de l'Accord de Paris sur le climat. Il soutient l'initiative et considère que l'inscription de l'objectif concernant la neutralité carbone dans la Constitution cantonale participe à renforcer le cadre normatif et contribuera à mettre en place les conditions nécessaires pour l'atteindre. En cas d'acceptation, la mise en œuvre devrait se faire de manière déterminée et pragmatique, dans le respect du droit supérieur et des compétences de chaque échelon institutionnel.

Pour les *opposants*, cette initiative constitue avant tout un doublon inutile qui n'améliore pas la situation réelle étant donné que les objectifs qu'elle poursuit seront mis en œuvre quoi qu'il arrive avec le Plan climat. L'initiative amènerait également son lot d'incertitudes juridiques. La BCV et les caisses de pension seraient plongées dans le flou, menaçant les investissements et les retraites.

Le *Conseil d'Etat* et le *Grand Conseil* recommandent de voter OUI.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Brochure explicative](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

ZH



Änderung der Kirchenordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich

JA (88,22 %)

Stimmbeteiligung

25,04 %

Die römisch-katholische Kirche ist seit 1963 als Körperschaft des öffentlichen Rechts in ZH anerkannt. Per 01.04.2018 wurde das Kirchengesetz⁴² in wesentlichen Teilen geändert. Diese Gesetzesänderung bedingen eine Teilrevision der geltenden Kirchenordnung der kantonalen römisch-katholischen Körperschaft.

Mit der Inkraftsetzung der Änderung des KiG⁴³ wurde vor allem die Autonomie der kirchlichen Körperschaften (gemäss Art. 130 Abs. 1 KV ZH⁴⁴ und § 2 Ziff. 1 KiG die evangelisch-reformierte Landeskirche, die römisch-katholische Körperschaft und die christkatholische Kirchgemeinde)⁴⁵. Daher solle die Kirchenordnung insbesondere folgende Änderungen erfahren: neu soll sich die Körperschaft ausdrücklich verpflichten, sich eine «generationenübergreifende Gemeinschaft und Gleichberechtigung der Geschlechter (unabhängig von Zivilstand und Lebensform) in der Kirche einzusetzen; die Kommunikationsstelle soll explizit verankert werden, um u.a. eine professionelle Anlaufstelle für die Medien «sicherzustellen»; Anwendung des IDG⁴⁶ neu bei den Bereichen Informationen und besondere Personendaten (u.a. Informationen zu religiösen Ansichten einer Person); Synodenmitglieder müssen nach einem Umzug in eine andere Kirchgemeinde nicht mehr sofort niederlegen, sondern können unter gewissen Voraussetzungen bis zum Ende der Amtsdauer Parlamentsmitglied bleiben; Kirchgemeinden können neu Kirchgemeindeparlamente anstatt -versammlungen einführen; Senkung der Anzahl Gläubigen für das Anrecht auf 1 Synodensitz von 6000 auf 5000; neu sollen auch Frauen oder Männer ohne empfangene Priesterweihe Seelsorgerinnen und Seelsorger im Synodalrat vertreten; Vereinheitlichung von Bestimmungen und Voraussetzungen für die Wahl von Pfarrern und Pfarreibeauftragten; Einführung einer Bemessung von Gebäudesanierungen nach «ökologischen Kriterien».

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Körperschaft, die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind und das achtzehnte Altersjahr vollendet haben sowie Ausländerinnen und Ausländer mit Bewilligung B, C oder Ci.⁴⁷

Bei der vorgelegten Teilrevision handelt es sich seit 1963 um die vierte Abstimmung über die Kirchenordnung. Nach Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens und der Vorprüfung des Teilrevisionsentwurfs durch die Direktion der Justiz und des Innern des Kantons ZH hat die Synode die vorgelegte Änderung mit 87 Ja- und 0 Neinstimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Die *Synode*, der *Synodalrat* und der *Generalvikar* der Bistumsregion ZH und GL, empfehlen den stimmberechtigten Mitgliedern die *Annahme der Änderung*. Die Änderung zeuge «vom überzeugten Willen der katholischen Bevölkerung, eine zukunftsfähige Rechtsgrundlage für eine lebendige Kirche und zum Wohl der Menschen zu schaffen».

Gemäss Art. 11 lit. b der geltenden Kirchenordnung unterliegen Teilrevisionen [der Kirchenordnung], welche das Stimm- und Wahlrecht oder weitere Befugnisse der Stimmberechtigten betreffen. Da die Vorlage teilweise weitreichende bzw. fundamentale Änderungen vorsieht, sind alle drei Tatbestandelemente gegeben, daher unterliegt der Teilrevision dem obligatorischen Referendum.

Wird die teilrevidierte Kirchenordnung angenommen, muss die Änderung anschliessend noch vom Regierungsrat ZH genehmigt werden. Nach deren Erteilung wird der Synodalrat die Änderung schlussendlich in Kraft setzen.

⁴² Kirchengesetz vom 09.07.2007 (KiG; [LS 180.1](#)).

⁴³ Gesetz vom 28.08.2017 ([OS 73 117](#)); vgl. [ABI Nr. 38](#) vom 23.09.2016.

⁴⁴ Verfassung des Kantons Zürich vom 27.05.2005 (KV ZH; [LS 101](#)).

⁴⁵ Der Kanton ZH anerkennt danebst 2 jüdische Gemeinden nach Art. 131 Abs. 1 KV ZH.

⁴⁶ Gesetz über die Information und den Datenschutz vom 12.02.2007 (IDG; [LS 170.4](#)).

⁴⁷ Vgl. Art. 10 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 der Kirchenordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich vom 29.01.2009 ([LS 182.10](#)).

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Informationen des Synodalrates zur Abstimmung vom 18.06.2023](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)